Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17 Fernsprecher 6802 Sprechstunde täglich von 1/2 12—1/2 1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg. Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter" jeden Werktag nachmittag.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27 Fernsprecher 5407 Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 163 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 5.— Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 4.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 13.50; monatlich 4.50 Mk. Bestellgeld extra. | Halle, Mittwoch, den 14. Juli 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspalt. Anzeigenteil 60 Pf.; Reklame im Textteil 2.50 Mk. f. d. Millimeter-Höhe. Kollektivanzeigen 30% Aufschlag. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 4. Jahrgang.

U. LANDESBIBLIOTHEK HALLE

Die Verhandlungen ergebnislos!

Steht der Einmarsch im Ruhrgebiet bevor?

Verhandlungsbericht vom Dienstag.

Spa, 13. Juli. Heute vormittag tagte die gestern von der Konferenz eingesetzte gemischte Kommission, um die Vorschläge der deutschen Regierung in der Wiedergutmachungsfrage erläutern zu lassen. Die deutsche Delegation mit Finanzminister Dr. Wirth an der Spitze klärte verschiedene Punkte der deutschen Vorschläge auf. Eine bestimmte Auskunft über die Höhe des finanziellen Angebots, insbesondere der Jahreszahlungen, wurde vom Reichsfinanzminister Dr. Wirth für den späten Nachmittag in Aussicht genommen. Inzwischen hatten die deutschen Sachverständigen in der Kohlenfrage mit den Sachverständigen der Gegenseite über ein neues Angebot monatlicher Kohlenlieferungen an die Alliierten verhandelt. Eine Einigung war nicht zustande gekommen

In der Sitzung des engeren Rates forderte der Präsident der Konferenz die deutschen Delegierten sogleich zur Abgabe ihrer Erklärung in der Kohlenfrage auf. Reichsminister Dr. Simons entwickelte die Gründe, aus denen es der deutschen Regierung unmöglich sei, eine Zusage wegen Kohlenlieferung zu machen, die nicht die Zustimmung der Bergwerksbesitzer und insbesondere der Bergarbeiter gefunden habe. Man könne zusagen, das Tageslieferquantum vom 1. Oktober 1920 um 12 000 Tonnen, also auf 56 000, und vom 1. Oktober 1921 ab um weitere 12 000 Tonnen auf 68 000 Tonnen zu erhöhen. Der Minister erklärte, daß eine weitere nicht unerhebliche Steigerung möglich sein werde, wenn in Oberschlesien für Ruhe gesorgt würde. Dazu sei erforderlich, den Abstimmungstermin sobald als möglich anzusetzen, noch besser würde es sein, wenn man die Abstimmung aufgäbe und über die Kohlenlieferungen an Polen und die anderen auf oberschlesische Kohle angewiesenen Länder unter Zustimmung der Alliierten eine Vereinbarung träfe.

Präsident de la Croix erwiderte, daß diese Antwort die alliierten Regierungen mit großem Bedauern erfülle und eine sehr ernste Lage schaffe. Man habe gehofft, in Spa zu einem wirklichen Frieden zu gelangen. Der deutsche Außenminister habe das Vorrecht der Alliierten auf die deutsche Kohle anerkannt, das Recht sei sehr maßvoll geltend gemacht worden, aber die deutsche Delegation lasse es unberücksichtigt. Unter diesen Umständen müßte er die Sitzung aufheben und behalte sich vor, den Delegationen einen Beschluß über einen neuen Termin mitzuteilen.

Millerand wollte am Montag abreisen.

Paris, 13. Juli. Nach dem „Echo de Paris" soll der Entschluß Millerands, in Spa zu bleiben, auf den Einfluß Lloyd Georges zurückzuführen sein, der erklärte, die öffentliche Meinung Englands, besonders aber das englische Parlament, würde den raschen Abbruch der Verhandlungen nicht verstehen. Es müßte der Beweis geliefert werden, daß kein Mittel unversucht gelassen sei, zu einer Ausführungsmöglichkeit des Friedensvertrages zu gelangen.

Nach einer Meldung des „Matin" spielte bei der Erwägung, die Verhandlungen fortzusetzen, auch die Frage der Besetzung des Ruhrgebiets eine Rolle. Es bestehe nämlich Gefahr, daß, wenn man dieses Mittel ergreife, die Bergarbeiter aller Länder sich zu einer gemeinsamen Bewegung vereinigen würden.

Paris, 13. Juli. Der Kommission, die die deutschen Vorschläge prüfen soll, gehören der englische, italienische und französische Botschafter in Berlin an. Der italienische Botschafter reiste zu diesem Zweck eigens nach Spa. Die Kommission soll, nach dem „Echo de Paris", nicht das Recht haben, über irgendeine Ziffer, die Deutschland als Entschädigung zu bezahlen habe, zu beraten.

Eine Denkschrift über die Ernährungslage.

Spa, 13. Juli. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat der Konferenz in Spa ein Exposé über die Ernährungslage Deutschlands unterbreitet, in dem es u. a. heißt, die erheblichen Schwierigkeiten Deutschlands rühren her, erstens, von dem starken Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion während des Krieges und noch in der Nachkriegszeit, zweitens, von der Unmöglichkeit, die für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erforderlichen Betriebsmittel, die Futtermittel, Rohprodukte usw. in ausreichender Menge einzuführen und drittens, von dem Mangel an Zahlungsmitteln für die Deckung des fehlenden Lebensmittelbedarfs durch Einfuhr.

Einzelmeldungen aus Spa.

Spa, 12. Juli. In dem amtlichen Bericht des Verbandes über die gestrige Unterredung zwischen den Führern der beiderseitigen Delegationen heißt es: Bei den Mitteilungen über die Unterernährung der deutschen Bergleute erklärten die Alliierten in spontaner Weise, daß sie geneigt seien, der Frage einer Verbesserung der Ernährung der Bergleute näher zu treten und baten die deutschen Delegierten, ihnen Vorschläge in dieser Hinsicht zu unterbreiten.

Prag, 13. Juli. Der Minister des Aeußeren Benesch ist gestern aus Spa hier angekommen, um über die Verhandlungen Bericht zu erstatten. Da die Teschener Angelegenheit auf der Botschafterkonferenz in Paris in allernächster Zeit entschieden werden soll, wird der Minister mit dem nächsten Ententezug wieder nach Paris abreisen.

Ein Pressevertreter in Spa überfallen.

Berlin, 13. Juli. Meldungen aus Köln berichten, daß der Vertreter des WTB. in Spa gestern abend von wahrscheinlich betrunkenen Straßenpassanten schwer mißhandelt wurde. Amerikanische Zeitungsvertreter haben ihn vor weiteren Mißhandlungen geschützt. Ueber die Einzelheiten des Vorfalls liegen dem WTB. noch keine weiteren Nachrichten vor.

Steht der Einmarsch ins Ruhrgebiet bevor?

Berlin, 14. Juli. Wie verschiedene Blätter aus Spa melden, sind die Marschälle Foch und Wilson dringend telegraphisch nach Spa zurückberufen worden. Der „Vorwärts" bringt dies in Zusammenhang mit den Schwierigkeiten in der Lösung der Kohlenfrage und vermutet, daß damit ein Druck auf Deutschland ausgeübt werden soll. Wahrscheinlich wird die Frage eines etwaigen Einmarsches in das Ruhrgebiet mit den Marschällen besprochen werden.

Das „Berl. Tagebl." fragt, wird man nicht auch im Kreise der Alliierten endlich einsehen, daß sie würdelos bei jeder schwierigen Frage den Marschall Foch aus der Versenkung auftauchen lassen? Im Falle eines Einmarsches in das Ruhrgebiet würden die deutschen Bergarbeiter sich weigern, dem Zwange zu gehorchen. Die deutsche Delegation in Spa wird sich nicht einschüchtern lassen, weil sie Unmöglichkeiten nicht zugeben kann.

Polen in Not.

Auch die geschickt stilisierten Heeresberichte der Polen können die elende Lage ihrer Armee nicht mehr verschleiern. Darum wird jetzt der Rückzug offen zugestanden. Aber die Armee ist nicht nur im Rückzug begriffen, sie würde sich in nicht allzulanger Zeit auflösen, wie sich Polen selbst auflösen würde, wenn nicht die Entente da wäre und die Hoffnung in Polen auf ihre Hilfsbereitschaft.

Es ist das Verhängnis Polens, daß es aus eigener Kraft nicht entstehen und nicht existieren kann. Ausgangs des Jahres 1916 durch Deutschlands damalige Staatsmänner aus der Taufe gehoben, stand es formell auf der Seite Deutschlands. Denn deutsches Militär war ja im Besitz des ganzen Gebietes. Deutsches Militär ordnete alle inneren Angelegenheiten des Landes bis zum Herbst 1918. Zwei Jahre bestand das neue Polen — nicht aus eigener Kraft entstanden — als das alte militärische Deutschland zusammenbrach. Polen schwenkte sofort hinüber zu den ehemaligen Feinden Deutschlands. Erstens konnte es aus eigener Kraft noch nicht leben und Deutschland konnte ihm nicht mehr helfen, es hatte genug mit sich selbst zu tun. Zweitens brauchte es Gebietsteile, die seit langer Zeit in den Händen Deutschlands und Oesterreichs waren. So wurde es der fernere Sturmbock der Alliierten gegen die besiegten Länder. Es besetzte soviel Gebietsteile der Zentralmächte, wie ihm nur möglich war. Die Friedensverträge von Versailles und St. Germain setzten den Ausdehnungsbestrebungen Polens nach Westen dann ein Ende.

Doch die inneren Schwierigkeiten Polen konnten nicht in ruhiger Entwicklung überwunden werden. So trieben dann die Verhältnisse zu einer Politik, die dem wahnsinnigsten Imperialismus nichts nachgiebt. In der Hoffnung, in der festen Gewißheit auf die Hilfe der Alliierten wurde die Offensive gegen Rußland, der Vorstoß nach der Ukraine unternommen, der sobald elend zusammenbrach und jetzt sich in das Gegenteil, in eine schmähliche Flucht verwandelt hat.

An die militärischen Ereignisse darf man nicht den Maßstab des vergangenen Weltkriegs anlegen. So gewaltig sind die Truppenmassen nicht, sind auch die Kampfmittel nicht. Auch die politische Bedeutung der Kämpfe ist eine beschränkte. Denn es sind nicht die militärischen Vorgänge an und für sich, die allein zu beobachten sind, sondern sie haben ihre Bedeutung dadurch, daß sie sozusagen nur die Begleitmusik für die Verhandlungen zwischen Rußland und England, zwischen Rußland und der Entente sind, daß mit Hilfe militärischer Operationen versucht wird, diese Verhandlungen im günstigen Sinne für Rußland zu beeinflussen.

Ein englisches Blatt selbst, nämlich „Daily Telegraph" berichtet, daß „eine Botschaft der Moskauer Regierung an die britische Regierung eingegangen sei, in der es heißt, Krassin habe den Bericht übergeben. Die Sowjetregierung werde Befehl zur Einstellung der Offensive gegen Polen geben, sofern die Alliierten die bolschewistische Regierung anerkennen und ihre Einwilligung zum Zusammentritt der Friedenskonferenz geben werden". Man hat durchaus keine Ursache an der Richtigkeit dieser Nachricht zu zweifeln. Wenn sie aber wirklich nicht ganz zutreffend sein sollte, so hat sie aber doch ihre Bedeutung, denn der Engländer hat eine feine Nase für die Absichten und die Ziele der fremden Staatsmännern. Dieser Bericht des „Daily Telegraph" bringt in ein paar Zeilen alle Vorkommnisse der letzten Zeit in Verbindung. Krassins Verhandlungen, die Uebergabe seines Berichts, die Bereitwilligkeit Rußlands zur Einstellung der Offensive, Anerkenntnis der bolschewistischen Regierung. Die russischen Machthaber versuchen eben auf diesem durchaus nicht ungewöhnlichen Wege der militärischen Machtentfaltung und des militärischen Erfolgs zu einem Vertragsabschluß zu kommen. Eine Absicht, die sie auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen nicht haben erreichen können. Da sie die Entente nicht selbst treffen konnten, so halten sie sich an Polen, den Ententeknecht, das ja durch seinen Vorstoß nach der Ukraine einen solch wunderschönen Anlaß gegeben hat. „Den Sack schlägt man und den Esel meint man."

Der Ameisenschwarm der Alliierten ist ja nun auch lebendig geworden, wie die Nachrichten aus Spa über die polnischen Angelegenheiten besagen. Man rührt sich, um Polen wenigstens diplomatisch zu Hilfe zu kommen. Mehr ist ja auch nicht nötig. Denn, mag Polen militärisch auch zusammenbrechen, als Staat, der nicht recht leben und nicht recht sterben kann, wird es trotzdem noch weiter existieren. Denn jeder ist an seiner Existenz interessiert. Die Entente am meisten, aber ebenso Rußland und die anderen Randstaaten, und auch Deutschland. Aber keiner möchte diesen Staat stark und für andere drohend lebensfähig sehen, auch die Entente selbst nicht. So wird denn mit mehr oder weniger Geschick die drohende Auflösung Polens durch die Diplomaten verhindert werden. Rußland wird höchstwahrscheinlich bei dieser Gelegenheit in seiner angestrebten Auslandspolitik einen

Nachrichten über Polen.

Kopenhagen, 13. Juli. Nach einem Telegramm aus Warschau wird offiziell gemeldet, die Polen haben die Linie längs des Wolgaflusses aufgegeben, die Bolschewiki haben jetzt die Festungswerke von Minsk erreicht. In der Gegend des Prijet holte General Bolachowitsch eine Nachhut der Bolschewiki ein und besetzte Owarcz. Die Bolschewiki erlitten eine vollständige Niederlage und hinterließen 600 Tote, 800 Gefangene und eine große Kriegsbeute. Truppe Basewski schlug die Streitkräfte Budiennys. Diese sind nach Kowno geflüchtet. Eine bolschewistische Kavalleriebrigade wurde vollständig vernichtet. Die Polen erbeuteten acht Geschütze.

London, 12. Juli. „Daily Herald", das Blatt der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei, die einige Fühlung mit Moskau unterhält, will aus zuverlässiger Moskauer Quelle erfahren haben, die Sowjetregierung plane keine Fortsetzung des Vormarsches über die polnische Grenze nach Westen und ein Einfall der Roten Armee nach Deutschland sei nicht beabsichtigt. Im großen Sowjetrat erklärte Lenin, die russische Kavallerie komme täglich 15 bis 20 Kilometer vorwärts. Bis jetzt seien 7000 Gefangene, 60 bis 70 Geschütze und 150 Maschinengewehre sowie viel Kriegsmaterial eingebracht worden.

Der Rückzug der Polen ist auch auf dem litauischen Gebiet im ununterbrochenen Fortschreiten. Die litauischen Truppen besetzen die geräumten Gebietsstrecken sofort, nachdem die Polen sich aus diesen zurückgezogen haben. Auch Wilna wird, wie „Berlinske Tidende" meldet, in größter Eile geräumt. Die nachdrückenden litauischen Truppen haben sich Wilna bereits auf 18 Kilometer genähert und stehen schon jetzt in Sandwarono.

Die polnische Frage in Spa.

Nach dem „Jornal des Debats" wird aus Spa gemeldet, der Oberste Rat habe sich verpflichtet, unter folgenden Bedingungen zwischen Polen und Sowjetrußland zu vermitteln: Polen solle dem Obersten Rat unter Verzicht auf jeden imperialistischen Plan bedingungslos die Grenzfestsetzung und Entscheidung hinsichtlich Danzigs und Teschen überlassen. Die polnischen Truppen sollen sich auf die Linie Grodno—Brest-Litowsk zurückziehen und die Sowjettruppen bis zu einer Linie 50 Kilometer davon entfernt vorrücken. Die Alliierten würden jedoch Polen unterstützen, falls die roten Truppen die eigentliche polnische Grenze überschreiten sollten. Die Friedenskonferenz solle in London zusammentreten. An ihr sollen teilnehmen: Sowjet-Rußland, Polen, Finnland, Litauen und Westgalizien, das die Möglichkeit haben soll, sein Recht auf Unabhängigkeit geltend zu machen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200714-12/fragment/page=0001

Schritt weiter kommen. Der Zweck ist erreicht, wenigstens zum Teil. Aber Polen selbst wird in der nächsten Zeit ebenso ein Schmerzenskind der Diplomaten bleiben, wie es die Länder der Balkanhalbinsel schon längst gewesen sind.

Eine Rede Hues.

Am Montag brachten wir über die Sonnabend-Sitzung in Spa einen Sonderbericht des „Vorwärts"-Berichterstatters unter der oben stehenden Ueberschrift zur Kenntnis der Leser. Daran hat sich zwischen zwei Berliner Blättern folgende Diskussion entsponnen, die wir auch unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Die „Freiheit" schreibt:

Der Schmock im „Vorwärts".

Der „Vorwärts" hat, wie die bürgerlichen Blätter, einen Korrespondenten in Spa, und zwar Herr Viktor Schiff, früheres Mitglied des österreichischen Kriegspressequartiers, der nun wie seine bürgerlichen Kollegen in übelster Schmockmanier berichtet. In der Sonntagsausgabe des „Vorwärts" berichtet er, daß Lloyd George am Sonnabend in der Pause Otto Hué im Gespräch gezogen und ihm Komplimente über seine Rede gemacht habe. Dann heißt es im „Vorwärts" wörtlich:

„Im weiteren Gespräch fragte Lloyd George Hué, ob er den englischen Arbeiterführer Keir Hardie kenne und von seiner Erkrankung gehört habe, was Hué bejahte."

Wenn Herr Schiff von den englischen Verhältnissen soviel Ahnung hätte wie Lloyd George von den deutschen, so würde er sich diesen Unsinn nicht aus den Fingern gesogen haben. Denn abgesehen davon, daß Lloyd George sehr genau wissen dürfte, daß Hué Kir Hardie so genau gekannt hat wie er, wissen sowohl Lloyd George wie auch Hué, daß Keir Hardie kurz nach Kriegsausbruch gestorben ist.

Der „Vorwärts", der in der letzten Zeit Herrn Viktor Schiff etwas an die Kette gelegt hatte, dürfte also gut tun, wenn er sich für die Folge solche Reinfälle ersparen will, Herrn Schiff dorthin zu plazieren, wo er nach seinen geringen geistigen Fähigkeiten und seiner großen Anmaßung hingehört.

Darauf antwortet der „Vorwärts" folgendes:

Smillie nicht Keir Hardie. In die Drahtung unseres Berichterstatters in Spa über die Sonnabend-Sitzung (Sonntag-Ausgabe des „Vorwärts") hat sich ein Irrtum eingeschlichen. Der englische Arbeiterführer, über dessen Erkrankung sich Lloyd George mit Genossen Hué unterhielt, war Smillie, nicht Keir Hardie, der schon seit einigen Jahren tot ist. Der „Freiheit" und einigen Blättern des Ullstein-Verlages, die bei dieser Gelegenheit sich in langen Ergüssen an unserem Genossen Viktor Schiff reiben wollen, sei gesagt, daß dieser Hörfehler eine Folge der zeitweilig ganz außerordentlich schlechten telephonischen Verständigung mit Spa ist. Bei der späten Nachtstunde, in der das Gespräch aufgenommen wurde, hat die Redaktion den Irrtum des Telephonisten übersehen. Genosse Viktor Schiff ist jedenfalls an diesem Versehen völlig unschuldig. Bestätigen wollen wir der „Freiheit", daß ihr derartiges nicht passieren kann, da sie keinen Telephondienst unterhält und die Sensationen, die sie ihren Lesern vorsetzt, meist der zuvorerschienenen Nummer des „Vorwärts" (gewöhnlich ohne Quellenangabe) entnimmt.

Der Abstimmungssieg im Osten.

Das Abstimmungsergebnis in Ost- und Westpreußen ist über alle Maßen glänzend, für die Entente allerdings beschämend. Denn es zeigt, wie unwissend und uninformiert über die ethnographische Zusammensetzung und den Volkswillen in den Abstimmungsgebieten die Leute gewesen sein müssen, die das Friedensdiktat von Versailles fabriziert haben. Jetzt wird es der Entente selber leid tun, daß sie auf die polnischen Schwindeleien hereingefallen ist und sich hat überreden lassen, daß die preußischen Abstimmungsgebiete nicht zu Deutschland gehören wollten und sich zu den Polen herüberfehnten. Die polnischen Stimmen sind namentlich in den weit größeren ostpreußischen Abstimmungsgebieten so verschwindend, daß auch der Voreingenommenste hinterher wird bestätigen müssen, daß hier eine Volksabstimmung überhaupt nicht notwendig oder am Platze gewesen ist.

Um so deutlicher werden wir daran gemahnt, daß die Volksabstimmung dort unterlassen wurde, wo sie wirklich hätte stattfinden müssen: nämlich in den bedingungslos an Polen abgetretenen Gebietsteilen von Westpreußen und Posen. Die Fiktion des Versailler Diktats, daß in diesen Teilen eine Abstimmung nicht nötig sei, weil die Bewohnerschaft klar zu Polen hinneige, wird durch das Ergebnis der jetzigen Abstimmung in Ost- und Westpreußen glatt zu Boden geschmettert. Denn wie hier der polnische Annexionismus in der Abstimmung eine vernichtende Niederlage erlitt, so leuchtet ein, daß in den Nachbargebieten eine Volksentscheidung wahrscheinlich auch ein ganz anderes Resultat gebracht hätte, als der Versailler Frieden es stillschweigend voraussetzt. Die bedingungslose Abtretung dieser Gebiete an Polen, wie sie der Vertrag uns auferlegt, kennzeichnet sich als glatte Brutalität des Siegers, der es auf das gefährliche Experiment der Volksentscheidung nicht ankommen lassen wollte, weil er mit Recht befürchtete, daß diese seinen Wunsch, Polen möglichst weite Teile deutschen Gebiets zuzuschanzen, vereiteln und die Abtrennung dieser Gebiete als glatten Gewaltakt der Welt enthüllen würde.

Die internationale Sozialdemokratie als Hüterin des Rechtsgedankens bei der Grenzziehung zwischen den Staaten und Nationen hat daher die Pflicht, immer wieder hierauf hinzuweisen und die Revision des Friedens von Versailles durch Volksabstimmung in allen Gebieten zu fordern, die durch den Frieden ihre staatliche Zugehörigkeit geweschselt haben. Wir leugnen gar nicht, daß ein Teil des abgetretenen Gebietes im Osten auch bei einer Volksabstimmung sich wahrscheinlich für Polen entscheiden würde, aber sicherlich würden sehr umfangreiche Gebietsteile auch den klaren Wunsch der Bevölkerung erkennen lassen, bei Deutschland zu bleiben bzw. zu Deutschland zurückzukehren. Nicht nur die deutsche, die gesamte internationale Sozialdemokratie muß daher zu einem Programmpunkt die Forderung erheben: Nachholung der Volksabstimmung in den von Deutschland abgetrennten Gebietsteilen Westpreußens und Posens.

Für die noch immer auf unbestimmte Zeit hinausgeschobene Abstimmung in Oberschlesien, die für unser gesamtes Wirtschaftsleben von äußerster Entscheidung ist, bedeutet das ost- und westpreußische Resultat einen guten Auftakt. Die moralische Niederlage des polnischen Annexionismus dürfte dort ebenso stark wirken wie seine militärische Niederlage gegen Rußland. Es ist nur all zu verständlich, wenn die Polen jetzt die Abstimmung in Oberschlesien mit allen Mitteln zu hintertreiben suchen. Als Deutsche, wie als Sozialisten haben wir doppelte Ursache, ihre möglichst baldige Vornahme zu verlangen.

Der verleumdete Berichterstatter.

Viktor Schiff schreibt im „Vorwärts":

„Libre Belgique" und andere belgische Blätter melden aus Spa, daß unter den Mitgliedern der deutschen Delegation ein Mann sei, der steckbrieflich verfolgt werde, weil er während der Besetzungszeit Möbel aus einer Villa in Spa gestohlen habe. Dieser Mann sei der Berichterstatter des „Vorwärts", Viktor Schiff, der jedoch nicht verhaftet werden könne, weil er als Mitglied der Delegation durch Immunität geschützt sei.

Das ist unrichtig, da die deutschen Berichterstatter diesmal im Gegensatz zu Versailles als Privatpersonen reisen, daher jederzeit verhaftet werden können. Zur Sache selbst bemerke ich, daß ich vor und während des Krieges niemals in Spa gewesen bin, später nur einmal 7 Stunden auf der Rückreise aus Versailles mit den Friedensdelegierten, als sich diese mit der Reichsregierung in Spa trafen. Sonst bin ich seit Sonntag zum ersten Male in Spa. Zur Rede gestellte belgische Kollegen versprachen, sofort die verleumderische Meldung zu widerrufen, sie entschuldigen sich damit, daß die Mitteilung von einem französischen Major, dem Flügeladjutanten Fochs, stamme und von einem belgischen Gendarmeriehauptmann bestätigt wurde. Offenbar liegt eine Namensverwechselung vor. Die belgischen Berichterstatter gaben mir gegenüber zu, die Behauptung zwar nicht geglaubt zu haben, sie jedoch aus Sorge, die Konkurrenzblätter würden die Nachricht doch bringen, sie gleichfalls gebracht hätten.

Bei dieser Gelegenheit sei ausdrücklich betont, daß das Verhalten der belgischen Behörde den deutschen Delegierten und Journalisten gegenüber absolut einwandfrei ist und daß die Beziehungen zwischen den Alliierten und den meisten belgischen Berichterstattern und den deutschen Kollegen zum mindesten korrekt sind, vielfach aber auch ebenso kollegial wie sonst.

Geistige Isolierung der USP.

Der Brief eines Unabhängigen.

Dr. Richard Grelling, der seinerzeit in der Schweiz die aufsehenerregende Schrift „J'accuse" (Ich klage an) erscheinen ließ, die sich gegen die deutsche Kriegführung wandte, schreibt dem Genossen Eduard Bernstein aus Florenz einen Brief, in dem es heißt:

„Ich muß offen bekennen, daß die augenblickliche Haltung der USP. uns sozialistischen Parteigenossen hier im Auslande unverständlich, ja geradezu rätselhaft erscheint, und daß die Enttäuschung in maßgebenden Kreisen italienischer Politiker, die von dem Anwachsen der U. S. P. eine Konsolidierung der deutschen Republik erwartet haben, angesichts des heutigen Zustandes eine noch größere ist als unter uns deutschen Sozialisten und Republikanern. Wenn infolge der Weigerung der U. S. P., in eine Koalitionsregierung mit der S. P. D. und zuverlässigrepublikanischen Linksdemokraten, vielleicht auch Gewerkschaftsleuten aus dem Zentrum, einzutreten, eine rein bürgerliche Regierung zustande kommt, die gezwungenermaßen weit nach rechts Anschluß suchen muß — wenn dadurch alle Errungenschaften der Revolution, vor allem die Republik selbst, gefährdet, die Unruhe in Deutschland in Permanenz erklärt, das Mißtrauen des Auslandes aufs äußerste gesteigert, der wirtschaftliche Aufstieg auf unabsehbare Zeit gehemmt wird — so wird wohl jeder dem neuen Deutschland wohlgesinnte Politiker im Ausland — und das sind hier die Politiker aller Parteien — die Schuld an solchen neuen Katastrophen ausschließlich der gänzlich verfehlten Politik der U. S. P. zuschreiben.

In der augenblicklichen, so überaus schwierigen Lage Deutschlands — darin stimmen Schweizer und italienische Sozialisten überein — kann man unmöglich alle sozialistischen Programmpunkte auf einmal und bis zum letzten durchführen. Da heißt es: zunächst einmal die Republik verteidigen, sie nach innen und außen festigen und die Sozialisierung nur insoweit durchführen, als dies nach Lage der Parteiverhältnisse, der wirtschaftlichen und außenpolitischen Situationen zur Zeit möglich ist.

Ganz besonders möchte ich noch darauf aufmerksam machen, welche Vorteile auf diplomatischem Gebiete eine Beteiligung der U. S. P. an der Regierung mit sich bringen würde. Den einen Schlag — das müßte ausdrücklich als Bedingung der Regierungsteilnahme gestellt werden — würden die alten monarchistischen Elemente aus dem Auswärtigen Amt und dem Außendienst ausgeschaltet und das neue Deutschland auch durch neue Männer im Ausland vertreten werden. Welche ungeheuren Vorteile politischer und wirtschaftlicher Art für Deutschland aus solchem Personenwechsel erwachsen würden, kann nur der beurteilen, der — wie meine Wenigkeit — Gelegenheit gehabt hat, in Rom mit maßgebenden Mitgliedern des verflossenen Ministeriums in Gedankenaustausch zu treten.

Ich wende mich — im Interesse unserer guten Sache — gerade an Sie, werter Genosse, wiel ich glaube und hoffe, daß Sie gewillt und in der Lage sein werden, einen mäßigenden Einfluß auf die Heißsporne unserer Partei auszuüben, die, durch den Mahlsieg übermütig, die törichte Parole „Alles oder Nichts" ausgeben, womit sie nur das „Nichts" herbeiführen und jeden realpolitischen Boden unter den Füßen verlieren. Es wäre ein Jammer und ein unverzeihlicher Fehler, wenn dieser doktrinär-verbohrte Eigensinn durchdringen und damit die Republik selbst, die Grundlage jeder sozialistischen Entwicklung, gefährden würde."

Bestrafte Demagogie.

Nach Versailles hat kaum eine Partei ähnliche Töne angeschlagen wie die Deutsche Volkspartei und immer wieder betenert, man hätte nicht unterzeichnen, sondern eher das Schlimmste auf sich nehmen müssen.

Natürlich hätten die Herren um Stresemann, wenn sie damals verantwortlich und ausschlaggebend gewesen wären, genau so unterzeichnet wie wir, da es aber auf sie nicht ankam, so konnten sie sich den Luxus einer wilden und gewissenlosen Opposition leisten.

Aber alle Schuld rächt sich auf Erden, namentlich die Schuld der Demagogie. Die Herren, die damals Verrat schrien und die Koalitionsregierung kübelweise mit Schmutz bewarfen, ahnten nicht, daß sie ein Jahr später selber in der Lage sein würden, das Diktat der Gegner unterzeichnen zu müssen. Jetzt haben die volksparteilichen Minister in Spa bewiesen, daß unsere Genossen

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Anzengruber.

(86. Fortsetzung.)

Etwa acht Tage danach traf eine zweite Postkarte ein und fiel auch der jungen Reindorferin in die Hände. Die neue Grasboden-Bäuerin schrieb, wie glücklich und zufrieden sie sei und weiteres — wie die Seferl meinte — „tat sie völlig wie verliebt in den Alten". Das wär' dem g'rad' recht! Ins Feuer damit!

So wußte denn der arme Alte freilich um nichts und wurde von seiner Unruhe in Haus und Hof herumgetrieben und allen anderen lästig, die sich aus seiner Sorge nicht das geringste machten.

Gerade auf den Tag waren es drei Wochen, als er früh morgens in die Küche trat, um sein Pfeifchen anzuschmauchen. „Guten Morgen, Seferl, guten Morgen," sagte er.

„Guten Morgen," sagte sie.

„Gestern ist wieder der Briefbot' nicht gekommen, was da nur sein muß, — was da nur sein muß? Ihr tut mir doch nicht etwa die Brief' verstecken?"

Die Bäuerin zuckte verächtlich die Achsel.

„Ich hätt' halt doch nach Föhrndorf h'über sollen, ja, oder der Leopold hätt' sich darum annehmen können, es ist ja doch seine Schwester."

„Der Leopold?" lachte spöttisch die neue Reindorferin. „Den man nicht einmal geladen hat? Ich denk', der hat was Gescheiteres zu tun, als unnötig Geld zu verfahren! Ich hätt' dich ja gerne ziehen lassen, die paar Tage Ruh' im Haus hätten mir auch wohlgetan, aber darum hat es nicht sein dürfen, weil du uns, verwöhnt, nur noch murriger heimgekommen wärst; die paar Stunden Freundlichkeit, die denen dort leicht ankämen, hätten wir das ganze Jahr über entgelten müssen. Nein, nein. Was ander's wär's, — aber da hüten sich die wohl, — wenn sie dich bei sich behalten möchten und wir würden dich für allzeit los; da könntest du heut' noch gehen."

„Glaub's schon," sagte der Bauer und fuhr mit einem Zündhölzchen längs der Wand herunter.

„An die Wand sollst nicht streifen, wie oft sag' ich dir's schon."

„Noch' Feuer, daß eine Glut ist, so wird mir auch eine Kohle lieber sein. — Ich glaub's schon, daß du mich gerne vom Hof hättest, aber ich brauch' anderswo keinen geschenkten Unterstand, da hab' ich meinen, das ist mein Recht, zum Hof' gehör' ich, das ist mein Recht, und Unterhalt und Pfleg' heisch' ich, das ist mein Recht."

„Das ist mein Recht, — mein Recht, — mein Recht" — spottete die Bäuerin nach und schlug dabei jedesmal mit einem Stück Holz auf die Herdplatte. „Ich sag' ja nichts dagegen, ich tu' nur meinen, wie das schön wär', wenn dich dein Herzblättel zu sich nähm' und du dein Recht da hinter ließest; mein Seel', es käm' mir nicht darauf an, vor Freud' gäbe ich die all' meine Spargroschen mit auf den Weg."

Da sagte der Bauer giftig: „Was kannst du dir in ein halb' Jahr und drei Wochen viel erspart haben, ohne deinen Bauer zu betrügen?"

Die Bäuerin wurde im Gesicht glutrot und geriet außer Rand und Band. „Du Kripperamandel," schrie sie, „daß ich mich nicht an dir vergeiß'! Du unnütz' Maul auf der Schiffel, du Blumendieb!"

Leopold trat aus der Stube. „Was gibt's denn schon wieder?" sagte er.

„Ganz närrisch ist er heut', der Alte. Nicht genug, daß er daherredet, als ob wir ihm Briefe von der Leni stehlen möchten, er sagt mir auch ganz offen ins Gesicht, daß ich mir wohl unrechterweis' was beiseite schaff' —"

„Sie hat angehoben," sagte entschuldigend der Alte.

„Und wenn gleich," sagte Leopold, „du hättest sollen den Gescheiteren machen und deiner Wege gehen, dazu bist du doch wohl alt genug! Und, daß wir uns darüber nur einmal ausreden, Vater, denn es liegt mir schon lang auf, du hast immer etwas gegen die Seferl, das taugt nicht, du weißt recht gut, daß Ordnung sein muß auf einer Wirtschaft, zuerst kommt der Bauer, zu zweit' die Bäuerin und unter denen stehen alle andern ohne Ausnahm' und ohne Unterschied, davon darf keines aufbegehren, das gäb' ein übel Beispiel und das darf man nicht leiden. Du bist der Seferl nicht gut, das kann ich nicht ändern, daß du es aber zur Schau trägst, das muß ich dir verwehren! Du suchst offen mit ihr Streit, du trägst es heimlich unter dem Gesind' herum, daß dir die Wirtschaft nicht taugt, die Kost zu schlecht ist und die Behandlung nicht ansteht, das ist nicht recht; dafür, daß du kein Fleisch mehr beißen kannst und je älter je kritischer wirst, kann sie nicht, sie nimmt dir keinen Zahn aus dem Maul und legt dir kein Jahr auf den Rücken; wenn aber auf meiner Wirtschaft etwas vorwärts soll, so bleibt keine Zeit, daß man auf eines ganz extra schaut, extra kocht, extra ihm nachfragt und extra mit ihm umgeht. Die Seferl ist einmal Bäuerin da am Hofe und der ist nicht schlechter bestellt wie unter der Mutter selig, wenn dir nun durchaus die Bäuerin oder die Wirtschaft, eins oder das andere, oder gar alle zwei nicht taugen wollen, so müßt' ich dir wohl, so leid mir ist, den guten Rat geben, daß du es dir wo anders besser suchen sollst!"

Bedauern und Bekräftigung zugleich, daß er eben sonst nicht auswisse, lag in der Weise, wie er beide Schultern hob und die Arme seitwärts warf, erst jetzt, wo er sie wieder sinken ließ und sich abwandte, begegnete er den Blicken des Vaters, denen er während der ganzen Rede geflissentlich ausgewichen war.

Der Alte hatte ihm, so lange er sprach, in das Gesicht gestarrt, jetzt ächzte er auf, drehte sich hastig um, tastete nach dem Stock, der ihm entfallen war, und stürzte über den Hof hinaus auf die Straße.

Leopold machte eine Bewegung, um ihm zu folgen.

Seferl hielt ihn zurück. „Daß ihn doch," sagte sie leise. „Du hast ihn nicht angesehen," sagte er, „er hat so erbärmlich geschaut wie ein geschossener Hirsch."

„O mein," spottete sie.

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Wenn die Linden blühen.

Eine Parteigenossin sendet uns folgenden Beitrag:

Und wieder duften die Linden in den lauen Sommerabend. Aber trotz der Schönheiten unserer deutschen Heimat sehnt man sich in diesem Jahre manchmal nach dem Süden, in wärmere Länder. Meine Freundin Helene schreibt mir auch, es hätte bereits wieder im Schwarzwald geschneit, und sie wolle lieber statt des Dirndlkleides die Schneeschuhe für den üblichen Sonntagstrip hervorholen. Sie schreibt mir so alle Vierteljahre einen Stimmungsbericht aus dem Musterländle, in dem ich während des Krieges lebte, verhältnismäßig gut lebte und deshalb höchst unan-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200714-12/fragment/page=0002

im Versailles durchaus richtig gehandelt haben. Aber gleichzeitig erhalten sie ihrer Sünden Lohn. Der Schmutz, den sie damals gegen uns warfen, wird ihnen jetzt von den Deutschnationalen serviert. Die halten ihren deutschnationalen Bundesbrüdern von vor vier Wochen in allen Tonarten vor, wie sie beschworen hätten, sich vom 200 000 Mann-Heer nichts abhandeln zu lassen, und wie sie jetzt ihr Wort nicht eingelöst hätten. Die Volksparteiler werden sich auf höhere Gewalt berufen, an sich mit Recht. Aber sie werden wohl selber sich dabei eines Gefühls nicht erwehren können, das ihnen nur geschieht, was sie sich selbst reichlich verdient haben.

Vom gelobten Lande.

Der Berichterstatter der „Chicago Tribune", John Clayton, war von seinem Blatte nach Sowjetrußland gesandt worden und veröffentlicht in diesem Blatte seine Eindrücke. Er hat, schreibt das Blatt am 10. Juni, Rußland als begeisterter Bolschewik betreten und hat es als überzeugter Amerikaner wieder verlassen, der für die Demokratie eintritt und die kommunistischen Doktrinen schärfstens verurteilt. John Clayton hat in Petersburg im Hotel „Astoria" die aus Amerika ausgewiesene Emma Goldmann aufgesucht. Sie erklärte, sie habe vom bolschewistischen Rußland genug und sagte:

Es ist alles faul. Rußland befindet sich in traurigster Verfassung. Doch wir konnten auch nichts anderes erwarten. In den vier Monaten, die ich hier verbrachte, habe ich erkannt, daß nichts Gesundes daran ist. Staatssozialismus oder Staatskapitalismus — man nenne es, wie man will — haben aus Rußland das gemacht, was sie aus jedem Lande machen werden. Sie haben dem Menschen selbst das bißchen Freiheit genommen, das er unter dem individuellen Kapitalismus besaß, und ihn den Launen eines Bureaukratismus ausgeliefert, der seine Tyrannei damit entschuldigt, daß alles, was er verbricht, für das Wohl der Arbeiter geschehe. Jede Art der Regierung ist schlecht, aber bei der Wahl zwischen dem Staatskapitalismus und dem individuellen Kapitalismus ziehe ich doch den letzteren vor.

Emma Goldmann hatte mit John Berkmann die Führerschaft der zahlenmäßig sehr schwachen anarchistischen Bewegung der Vereinigten Staaten inne. Sie hat drüben wahre Himmelsbilder von Sowjetrußland entworfen. Durch ihre Ausweisung ist sie gezwungen worden, persönliche Bekanntschaft mit ihrem Ideal zu machen. Dabei ist sie zu der Ueberzeugung gekommen, daß das beste Heilmittel gegen den Bolschewismus eine Reise durch Rußland sei. Dieser Meinung sind auch wir. Das bolschewistische Regime weiß sehr wohl, warum es die Zeitungen unterdrückt und Studienkommissionen nicht grün ist. —

Russische Umtriebe in Persien.

Paris, 13. Juli. Nach einer Havas-Meldung aus Teheran sind neue Sowjet-Truppen am Kaspischen Meer gelandet. Damit habe sich die Lage Persiens noch verschlechtert. Die Bolschewisten halten Sari in der Provinz Mazenderan besetzt. Die neue persische Regierung versuche einige Regimenter aufzustellen und auch Kosaken und russische Offiziere, die sich in Persien aufhalten, anzuwerben.

Krassins Rückkehr nach London.

Amsterdam, 13. Juli. Nach einer Londoner Meldung erwartet man, daß Krassin gegen Ende der Woche aus Moskau in Begleitung der wirtschaftlichen Sachverständigen, sowie von zwei ehemaligen Beamten des persischen Ministeriums des Aeußern nach London zurückkehren wird.

Notizen.

Konfession der Reichstagsmitglieder. Obwohl amtlich nach der Konfession des deutschen Bürgers nicht mehr gefragt werden darf, haben doch die Reichstagsmitglieder in ihren Angaben für das Handbuch des Reichstags nicht vergessen, ihre Konfession anzugeben. Danach zählt der neue Reichstag 173 Evangelische, 105 Katholiken und 5 Juden; ihnen stehen jedoch 133 Dissidenten, 1 Atheist und ein Ungetaufter gegenüber. Das Verhältnis der Konfessionsbekenner zu den Konfessionslosen beträgt also 2 zu 1. Sicherlich hat kein Parlament so viele Mitglieder aufzuweisen, die den anerkannten Religionen ablehnend gegenüber stehen.

Ein Studentenschwindel. Die unabhängige Presse druckte während der Kämpfe im Ruhrrevier den Brief eines Münchener Studenten ab, der über brutales Vorgehen seiner Truppe im Ruhrrevier berichtete. Nun hat sich die ganze Sache als eine ungeheure Renommisterei herausgestellt. Der Bursche war erst kurz vorher vom Gymnasium entlassen worden, und hat sich gegenüber Verwandten mit dem Brief aus Renommierlucht wichtig machen wollen. Seine Truppe ist gar nicht ins Gefecht gekommen und er hat inzwischen eine de- und wehmütige Erklärung abgegeben, daß alles Erfindung sei. Auch ein Zeichen, was es mit den Studenten auf sich hat und dafür, was für eine Sorte Menschen unsere Reichswehr bevölkert hat. Solche unreifen Gesellen sind auf das Volk losgelassen worden und die werden später Führer der Nation. Gott soll uns davor bewahren, würde Fritz Reuters Onkel Bräsig sagen.

Kopenhagen, 12. Juli. Zum Befehlshaber des neuen polnischen Freiwilligenheeres ist der General Josef Haller ernannt worden.

Wirtschaftliches.

Dr. Kuczinskys Irrtum?

Der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg, Dr. Kuczinsky, Mitglied der Sozialisierungskommission, hatte kürzlich behauptet, daß der Arbeitslohn für eine Tonne Kohlen nur 66 Mark betrage, daß also der Unternehmergewinn drei Fünftel des Arbeitslohnes ausmache. Darauf hat ihm der Reichskohlenverband erwidert, daß diese Art zu rechnen irreführend sei. Zunächst käme auf die Tonne Kohlen ein Arbeitslohn von 77 Mk. Da aber Gewinn nur von verkauften, nicht aber von Deputat- und selbstverbrauchter Kohle erzielt werde, könne man nur auf 83 Prozent der geförderten Kohle Gewinn rechnen. Auf die Gewinnsumme falle dann ein Arbeitslohn von 90 Mk. je Tonne und es ergebe sich solchergestalt noch ein Gewinn von ein Fünftel des Arbeitslohnes, also noch nicht einmal die Friedenshöhe. So ganz scheint uns nun diese Rechnung nicht zu stimmen, denn es kann einmal nicht gesagt werden, daß selbst unter Berücksichtigung einer etwas geringeren Förderleistung die Kohlenpreise weit über diese Differenz hinaus gestiegen sind. Zweifellos hat sich der Unternehmer ausreichend schadlos gehalten.

Wie richtig diese Vermutung ist, beweist ein Artikel der „Bergarbeiter-Zeitung" über die Betriebsüberschüsse. Zunächst wird darüber geklagt, daß die Bilanzen der Zechen immer undurchsichtiger werden. Trotz der Geheimwirtschaft aber und trotz höherer Abschreibungen, die auf stärkere Abnutzung der Anlagen im Kriege zurückgeführt werden, ergeben die Werksabschlüsse fast durchweg wesentlich gestiegene Betriebsgewinne bei zum Teil sogar erheblich geringerer Förderung. So stieg in dem einen Jahre von 1918 auf 1919 der Gewinn bei Konsolidation von 10 auf 11,7 Millionen, Ver Trappe 0,268 auf 0,567 Millionen, Mülheimer Bergwerksverein 2,640 auf 3,381 Millionen, Zeche Adler 0,599 auf 0,787 Mill., Helene und Amalia 2,212 auf 2,548 Mill. (bei sogar um ein volles Viertel gesunkener Förderung). Betrachtet man einen längeren Zeitraum, dann wird diese Entwickelung noch deutlicher. So hat Langenbrahm 1914 eine Förderung von 639 587 Tonnen, 1919 nur 479 628 Tonnen. Der Gewinn dagegen stieg von 2,248 Mill. Mk. auf 3,329 Mill. Mk. im gleichen Zeitraum. Diese Zahlen lassen auf ein ganz anderes Verhältnis zwischen Lohn- und Gewinnanteil schließen als der Reichskohlenverband ausrechnen will. Es wird sich eher dem von Dr. Kuczinski genannten nähern.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Die polnische Front.

Kowno, 13. Juli. (Litauische Telegr.-Agentur.) Meldung des litauischen Generalstabes vom 12. Juli: Teile der litauischen Armee Kaldyntai (?) und Janiskiai (Janischki) besetzt. Litauische Truppen rückten längs des Dubinka Sees (?) vor. Vorhuten nähern sich Swenzjann.

Kowno, 13. Juli. (Litauische Telegr.-Agentur.) Die Bolschewisten stehen im Raume zwischen Swenzjany und Wilna. Die Polen sind dem Anschein nach zum äußersten Widerstand entschlossen, obwohl die Lage in Wilna durch den Fall von Minsk, Molodetschno und Wileika unhaltbar geworden ist. Die Bevölkerung wünscht die litauischen Truppen herbei. Diese stehen wenige Kilometer nordwestlich entlang der Bahnlinie Dünaburg-Wilna. Um die Bevölkerung aufzuhetzen, verbreiten unverantwortliche Elemente das Gerücht, daß die litauischen Truppen sich für die am litauischen Volke begangenen Missetaten rächen werden; das ist eine lächerliche Erfindung.

Friede zwischen Litauen und Rußland.

Kopenhagen, 13. Juli. Wie „Berlingske Tidende" aus Kowno meldet, traf dort aus Moskau die Meldung ein, daß der Frieden zwischen Litauen und Sowjetrußland am letzten Montag unterzeichnet werden sollte. Kurz vorher war gemeldet worden, daß die Friedensverhandlungen von Moskau nach Riga verlegt werden würden.. Ueber die endgültige Form des Friedensvertrages liegt noch nichts vor, jedoch weiß man, daß er günstig für Litauen war. Die litauische Friedensabordnung sollte im Laufe des heutigen Dienstags die Heimreise aus Moskau antreten.

Polnische Note nach Spa.

Kopenhagen, 13. Juli. Wie „Nationaltidende" aus Warschau meldet, hat der polnische Minister des Aeußeren auf Beschluß des Rates für die nationale Verteidigung folgende Note an die Konferenz in Spa gerichtet: Polen kämpft für die Sicherheit seiner Selbständigkeit und für die Vereinigung mit denjenigen Gebieten, die sich nicht vom Mutterlande trennen wollen. Polen ist jeden Augenblick bereit, Frieden zu schließen auf der Grundlage, daß das Selbstbestimmungsrecht in den zwischen Polen und Rußland liegenden Gebieten durchgeführt wird. Die polnischen Truppen beschützen ganz Europa gegen die Welle des Bolschewismus, und wenn dieses Bollwerk einmal durchbrochen wird, befindet sich ganz Westeuropa in Gefahr. Die polnische Nation, vereint in erhöhener Kraftanstrengung und solidarisch in allen Bevölkerungskreisen, erhebt sich, um seine Grenze zu verteidigen. Wenn Polen gezwungen wird, den Kampf fortzusetzen, muß es die moralische und materielle Unterstützung der Alliierten erhalten.

Das Ausland über Spa.

Rotterdam, 13. Juli. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Die Unbestimmtheiten des Planes wegen der Wiedergutmachung und die Schwierigkeiten in der Kohlenfrage hätten die größten Optimisten entmutigt. Lloyd George allein als einziger scheine sicherer und entschlossener zu sein als je, die Konferenz in Spa zu einem guten Ende zu bringen. — Der Mitarbeiter der „Daily News" ist der Ansicht, daß die Taktik der deutschen Delegierten nicht gut war und daß sie nicht begriffen haben, wie wichtig es war, in diesem Stadium ein Angebot dessen, was geleistet werden kann, zu machen, anstatt es den Alliierten zu überlassen, sich diese Lieferungen selbst zu besorgen. — „Daily Chronicle" sagt in einem Leitartikel: Die Forderung des Augenblicks ist nicht so sehr, technische Einzelheiten festzustellen, als einen groß angelegten Plan für die Zahlungen und für die dabei zur Anwendung kommenden Grundsätze zu entwerfen. Sachverständiger Rat ist in diesen Fragen notwendig, aber Beschlüsse können allein von den Regierungen gefaßt werden. Es ist daher ein großer Vorteil, daß die leitenden Staatsmänner nicht auseinandergegangen sind, und man darf hoffen, daß die intimeren und vertraulicheren Formen der Konferenz, mit denen ein Anfang gemacht wurde, in ein paar Tagen zu einer fruchtbringenden Uebereinstimmung führen werden.

Quittung über freiwillige Beiträge.

Für Wahlkosten: Lokomotivführer Sch. 2,90 Mark.

Für Grenzspende zum Zwecke der Volksabstimmung. Durch Gen. Frischkorn-Dürrenberg a. Konto Sammelliste 174 Mk. Gust. Str. 4,50 Mk., A. St. 3 Mk., W. H. 5 Mk., sämtlich in Halle.

Für die durch Ueberschwemmung im Mansfelder Seekreis Geschädigten. A. W. 2 Mk., Genossin M. R. 10 Mk., Schwester E. K. 5 Mark.

Für die durch das Brandunglück in Groß-Thiemig geschädigten Genossen. Vom Sozialdem. Verein in Halle 200 Mk., durch Sammlung vom Gen. Schöbel in Schmergendorf 92,50 Mk., vom Gen. J. in Halle 5 Mk.

Für den Preßfond. Vom Gen. Fr. in Eilenburg 4 Mk., durch Gen. T. in Halle 2 Mk.

Weitere Beträge nimmt entgegen:

Verlag Volkstimme, G. m. b. H., Halle

Postscheckkonto 87 573 Leipzig.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Tümmel; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

---

genehm berührt war, als ich, Anfang 1918 in das rote Herz Mitteldeutschlands übersiedelnd, so trübe Ernährungsverhältnisse vorfand. Im Musterländle konnte man auf der sonntäglichen Fahrt Milch, Butter und Eier ziemlich mühelos erwerben. Den Vogel schoß natürlich das Kriegsvolk ab. Meistens waren es Hallenser oder Berliner. Den Eingeborenen waren die fremden Sprachen Gegenstand der höchsten Bewunderung, besonders die Sachsen erregten Heiterkeit. Es waren blutjunge Bürschchen und ewig hungrig. Sie erschienen oft in den Brotläden und baten beweglich um Brot. „Ach, gönn Se mer doch en kleenes Häppchen Brot und ooch for meinen Gameraden, der gann nich lofen." Am kecksten waren die Berliner und ihre Redekunst war auch meistens von Erfolg begleitet. Und wenn die Landbewohner auch klagten: „Mir hän nüt, mir hän selmer nüt, nei, wenn doch de Franzose komme täte, da wärs bigott a nett schlimmer," so gaben sie dennoch.

Helene also, das gute Kind, hält mich immer auf dem Laufenden, was alles so in diesem für mich versunkenen Eldorado passiert. Sie berichtet mir getreulich alle Verlobungen, Heiraten und Sterbefälle, schreibt, daß der Löwenwirt sich sein Mirishausschild habe neu herrichten lassen, daß der Rebstockwirt, darob vor Neid erblassend, sich ein noch viel schöneres bestellt habe, daß Cornelia Schlosser, Goethens Schwester, die dort auf dem alten Friedhofe ihre letzte Ruhe gefunden, einen neuen Kranz bekommen und daß der Oberamtmann, dem neuen Zuge der Zeit gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, in seine große Amtswohnung — man höre und staune — eine Schuhmannsfamilie habe aufnehmen müssen. — Zum Schlusse bittet sie mich in eigener Herzensangelegenheit um einen guten Rat. Es bestehen nämlich zwischen ihr und einem Sänger, einem vom Theater, wenn es auch früher ein herzogliches war, schon lange zarte Beziehungen, die aber aus mancherlei Gründen ihren natürlichen Abschluß nicht finden können. Die Mutter namentlich widersetzt sich hartnäckig diesem Bunde, da in ihren Augen ein Künstler, ein Theatermensch gleich nach einem Seiltänzer kommt. Sie predigt Helenen jeden Tag: was willsch denn mit sellem Schireputzler (Seiltänzer)? Des isch doch nix für e Bürgermaidle. Hirot Du e bravi Handwerker und nit so e Hungerleider, der het als doch noch e paar Wiber nebeher." Und nun geht Helene, die ihren Sänger freilich mit dem ganzen Vertrauen eines reinen Herzens liebt, betrübt unter den blühenden Linden an der katholischen Kirche und sucht zu einer Entscheidung zu kommen.

Wenn sie hier in Halle lebte, so hätte sie kürzlich eine ähnliche Herzensgeschichte mit Anteilnahme verfolgen können. Im Theater nämlich, wo Molieres „Tartüff" über die Bretter, die die Welt bedeuten, ging. Trotz des ausnahmsweise schönen Sommertages war die Vorstellung gut besucht. Bis aufs platte Land hinaus scheint der Ruhm der Volksvorstellungen gedrungen zu sein, denn seine Bewohner rückten in ziemlicher Anzahl an. Die Herren mit großen Blumensträußen an der Rockklappe, darunter ein politisches Abzeichen (es war aber nicht das Hakenkreuz), die materiellen gesinnte Weiblichkeit mit — großen Butterbrotpaketen. Wenn sie auch die feinen Spitzen des französischen Spötters oft nicht verstehen konnten, so unterhielten sie sich doch recht gut. Besonders das muntere, zungengewandte Kammerzofchen Dorine fand ihren lebhaften Beifall.

Doch unten vor dem Theater blühen die Linden. Wenn ich in der Pause auf den Altan hinaustrete, so erinnert mich ihr Duft an alle Sommer, die ich an den verschiedensten Stellen unseres Vaterlandes erlebte. Auf dem Lande und in der Stadt. Ich erinnere mich an Hamburg mit seinem glänzenden Leben. Die Menschenkarawanen nach dem Horner Rennplatz, die blauende Alster mit den vielen Segelbooten, dem herrlichen Blumenschmuck an den Ufern — Rosen in allen Farben — den riesen Bestuungen schwerreicher Kaufleute. Sogar des verschwundene Tatütata tronengeschmückter Automobile klingt mir verloren im Gedächtnis nach. Automobile desjenigen, der jetzt nach der Ansicht sentimentaler Mädchen als Flüchtling so sehr zu bedauern ist. Aber ich denke auch an die, die jetzt im Osten und Westen von der heimatlichen Scholle vertrieben, nicht wissen, wo sie ihr Haupt hinlegen sollen, die in fremden Städten verzweifelt nach einem Obdach umherirren, die auch in der Fremde leben müssen, ohne gesicherte Existenz, mit Sorgen beschwert und vom Heimweh umbüstert. Für sie werden die Linden vergebens blühen..

Max Klingers Beisetzung.

In Groß-Jena bei Naumburg, auf seinem Landgut, wo Klinger die letzten Jahre zumeist gelebt hatte und jetzt auch gestorben ist, fand der Abschied von dem Verstorbenen statt. Teilnehmer der Feier berichten von der stillen Größe dieser Stunde. Das Leipziger Gewandhausquartett brachte dem Toten die letzte Musik ins Haus. Am Grabe, das sich der Künstler selbst auf dem obersten Gipfel seines Weinbergs ausgesucht hatte, sprach Professor Studniza für die Universität Leipzig deren Ehrendoktor Klinger gewesen war. Er schilderte Klinger den Künstler, wie Klinger den Menschen, den still vornehmen „Bürgerlichen Aristokraten". Für die Stadt Leipzig sprachen Oberbürgermeister Dr. Rothe, für das Leipziger Museum Prof. Julius Vogel den Toten den Dank ins Grab. Käthe Kollwitz redete für die freie Berliner Sezession, Prof. Stern und Prof. Köstler für die Dresdner Künstlervereinigungen, Graf Kalckreuth für den Deutschen Künstlerbund. Es folgten Dr. Hirzel für die Villa-Romana-Stiftung, Dr. Julius Zeitler für die Leipziger Akademie der graphischen Künste, Prof. Joh. Hartmann für den Verein Leipziger Jahresausstellung, Architekt Drechsler für den Leipziger Kunstgewerbeverein. Der Dichter Langheinrich sprach für die Münchner Freunde, ein junger Künstler aus der revolutionären Jugend heraus, ein Schulmann für die heranwachsende Jugend. Blumen, Dank, Kränze, unvergängliche Verehrung — —

Stadttheater. Heute, Mittwoch, abends 7½ Uhr, gelangt Meyerbeers Oper „Die Afrikanerin" zur Aufführung. Donnerstag „Hobeit tanzt Walzer". Freitag, abends 6 Uhr, „Die Meistersinger von Nürnberg", Sonnabend „Als ich noch im Flügelkleide", Sonntag nachmittag, Volksvorstellung, „Vor Sonnenaufgang", Sonntag abend „Hobeit tanzt Walzer".

Städtische Kammerspiele in Bad Wittekind. Die zweite Aufführung von Goethes „Stella" findet am Freitag, den 16., abends 7½ Uhr, in den Städtischen Kammerspielen in Bad Wittekind statt. Karten im Vorverkauf sind nur an der Kasse des Stadttheaters zu haben.

Gastspiel des Cölner Metropoltheaters im Apollotheater. Allabendlich erntet Rudi Gallers melodiöse Operette „Der dumme August" mit den ausgezeichneten Solokräften der Cölner reichen Beifall. Es finden wegen anderweitiger Repertoirverpflichtungen nur noch heute, morgen und übermorgen Aufführungen von „Der dumme August" statt. Sonnabend, den 17. Juli, geht zum ersten Male „Gräfin Paprika", musikalischer Schwank in drei Akten von Otto Herting und Louis Taufstein, Gesangstexte von Arthur Günsburg, Musik von Adolf Mohlauer, in Szene. Der Vorverkauf ist täglich von 9—1 und 5—½7 Uhr Sonntags ständig.

Volkskonzert des städt. Theater-Orchesters. Wie uns aus dem Bureau des Stadttheaters mitgeteilt wird, veranstaltet das städt. Theater-Orchester am Sonnabend, den 17. Juli, abends 8 Uhr auf der Peisnitz ein Volkssinfoniekonzert. Der musikalische Leiter, Kapellmeister Karl Röhren, hat eine wertvolle Vortragsfolge entworfen, worüber noch näheres mitgeteilt wird. Der Eintrittspreis beträgt 1 Mk

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200714-12/fragment/page=0003

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.

Die Liste der Handwerker, die sich an der Abstimmung über die Ausdehnung der Schuhmacher-Zwangsinnung zu Halle und Umgebung auch auf die Handwerker, die weder Gesellen noch Lehrlinge halten, beteiligt haben, liegt im

Büro für Innungssachen zu Halle, Schmeerstraße 1, I links,

in der Zeit vom 17. bis 1. Juli 1920 öffentlich aus. Etwaige Einsprüche können mündlich oder schriftlich in der genannten Zeit werktäglich von 8 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachmittags erhoben werden. Später eingehende Einsprüche müssen unberücksichtigt bleiben.

Halle, den 14. Juli 1920.

Der Kommissar. Pfautsch, Stadtrat.

Bekanntmachung.

Der Entwurf des Haushaltsplanes der Stadt Halle für 1920 ist von Dienstag, den 13. Juli 1920, an 8 Tage im Zentralbüro, Rathausstr. 19, Zimmer 60, zur Einsicht aller Einwohner der Stadt während der Dienststunden offen ausgelegt.

Halle, den 12. Juli 1920. **Der Magistrat.**

Lebensmittel-Kalender.

Verkauf von Schmalz. Der Verkauf von Schmalz findet am Freitag, den 16. Juli statt. Es werden 100 Gr. je Kopf ausgegeben. Der Verkauf erfolgt durch die Fleischer, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abgabe der Marke 24 der Einfuhrzusatzkarte (Speck). Die Marken sind in üblicher Weise bis zum 19. Juli 1920 an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Verkaufspreis beträgt für 100 Gr. 3.50 Mk.

Städtischer Verkauf von Malzextrakt an Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und ältere Leute von 70 Jahren an, von Bratfett (kein Pflanzenfett), Fleisch- und Wurstkonserven und weißen Bohnen mit Fett in der Talamtschule, am Donnerstag, den 15. Juli 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1—5000 vormittags von 8—12 und die Inhaber der Nummern 5001—10 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Jugendliche von 12—17 Jahren und ältere Leute von 70 Jahren an 1 Dose Malzextrakt zum Preise von 4,30 Mk. abgegeben werden. Ferner können gegen Vorlage des Lebensmittelscheines an jede Person eines Haushaltes ½ Pfund Bratfett zum Preise von 7,50 Mark für das halbe Pfund, ½ Kilo-Dose Fleisch- und Wurstkonserven zum Preise von 3 Mk. und eine Dose weiße Bohnen mit Fett zum Preise von 1 Mk. verabfolgt werden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Haferflocken. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, die in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Haferflocken vom 15. bis 17. Juli 1920 abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später. Die Ablieferung der bei obiger Verteilung abzutrennenden Marken hat bis spätestens zum 2. August 1920, zu Hunderten gebündelt, im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, I. Obergeschoß, Saal links, unter Angabe des Restbestandes zu geschehen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept. und 4. Nov. 1915.

Die Inhaber von Apotheken und Drogengeschäften werden hierdurch aufgefordert, am Donnerstag, den 15. Juli 1920, während der Dienststunden von 8—12½ Uhr vormittags im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, III. Obergeschoß, Zimmer 37, die Bezugsscheine für Sacherin abzuholen. Ein Ausweis ist mitzubringen. — Es wird darauf hingewiesen, daß für jede Person eines Haushaltes 3 Pakete abgegeben werden.

Halle, den 14. Juli, 1920. **Der Magistrat.**

Bitterfeld

Bekanntmachung.

Die Verbraucher können bei ihren Kleinhändlern auf Abschnitt Nr. 8 der gelben Kreislebensmittelkarte

1 Pfund Hafernährmittel

entnehmen. Die Marken behalten ihre Gültigkeit bis zum 20. Juli d. Js.

Bitterfeld, den 6. Juli 1920.

Der Kreisausschuß des Kreises Bitterfeld.
J. V.: Stammer, Kreisdeputierter.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der Sonderlebensmittelkarte für Kleinkinder usw. können auf Abschnitt 1 in den bekannten Geschäften

1 Paket Kindergerstenmehl zum Preise von 1,10 Mark

entnehmen. Die Marken verlieren am 18. Juli d. Js. ihre Gültigkeit.

Bitterfeld, den 6. Juli 1920.

Der Kreisausschuß des Kreises Bitterfeld.
J. V.: Stammer, Kreisdeputierter.

Weißenfels

Sonderzuweisung von Zucker an die im Juni ortsanwesenden Personen im Stadtkreise.

Seit Anfang Juni ist das städtische Lebensmittelamt bemüht, der Bevölkerung eine Sonderzuteilung von Zucker zu beschaffen. Erst jetzt ist es gelungen, von den maßgebenden Reichsstellen eine einmalige Ausgabe von 250 gr pro Kopf zu erwirken. Die Ausgabe der Zuckermarken findet vom **Mittwoch, den 14. bis Freitag, den 16. Juli 1920** in der städtischen Markenausgabestelle — Klosterstr. 8 — statt. Für die Ausgabe der Zuckermarken ist die nachstehende Straßeneinteilung genau zu beachten und im Interesse eines geregelten Verkehrs einzuhalten.

Abgefertigt werden:

am Mittwoch, den 14. Juli

von 7—12 Uhr an den Tischen I—III:
Am Bad, Bahnhofstr., Bahnstrecke (Zeitzer), An der Beude, Am Blümer, Bei Beuditz, Beuditzvorstadt, Beuditzstr., Bergstr., Brauhausga Brunnengasse, Gr. u. Kl. Burgstr., Burgwerbener- u. Feldweg, Dammstr., Gr. u. Kl. Deichstr., Francoisstr., Friedenstr., Am Forsthaus, Feldstr., Fischgasse, Friedrichstr., Friedrichsplatz, Georgenberg u. Georgenbergstr., Goethestr., Gutenbergstr., Gustav Adolfstr., Hohestr., Hospitalstr., R. Götzestr., Hermannsgarten, Hirsemannstr., Hirsemannsplatz, Harnischstr., Herderstr., Gr. u. Kl. Kalandstr., Katharinenstr., Himmelbett, Holländerstr., Am Herrenberg (A—K Str.), Jahnstraße, Jüdenstr., L. Kellstr., Klosterstr., An der Kirche, Kirchgasse, Krumme Gasse, Am Kloster, Am Kruge, Im Kruge, Körnerstr., Am Kugelberg, Am Kämmereihölzchen, Klingenplatz, Klemmberg, (Bismarckstr., Blücherstr., Moltkestr., Roonstr., Scharnhorststr.).

am Donnerstag, den 15. Juli

von 7—12 Uhr an den Tischen I—III:
Kubastr., Leipzigerstr., Alte Leipzigerstraße, Ladegaststr., Lessingstr., Langendorferstraße, Am Markt, Markt, Lutherstr., Marienstr., Müllnerstr., Merseburgerstr., Markwerbenerstraße, Am Mühlberg, An der Marienmühle, Naumburgerstr., Nicolaistr., Novalisstr.,

am Freitag, den 16. Juli

von 7—12 Uhr an den Tischen I—III:
Promenade, Neue Str., Neumarkt, Nordstr., Promenadengasse, An der Pfeffermühle, An der Pforte, Poetenweg, Roßbacherstr., Saalstraße, Schillerstraße, Schießhausstr., Schloßgasse, Schulstr., Am Schlachthof, Schlachthofstraße, An der Schleuße, Am Schirnhügel, Schützenstr., Waltherstr., Tagewerbenerstraße, Am Stadtgarten, Starkes Privatstr., An den Stufen, Soldatenweg, Selauerstr., Töpferdamm, Tauchlitzstr., Uhlandstr., Weinbergstr., Wielandstr., Zeitzerstr., Zimmerstr.

Zur Empfangnahme der Zuckermarken dient als Ausweis der Bratschein und die **Kartoffelkarte, Personen ohne Kartoffelkarte werden zurückgewiesen.**

Weißenfels, den 12. Juli 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen Lebensmittelkarten zurückgegeben werden, die keinen Firmenstempel tragen. Im Interesse einer geordneten Kundenlistenführung müssen wir die Kleinhändler darauf hinweisen, alle Lebensmittelkarten der bei ihnen angemeldeten Kunden mit einem entsprechenden Firmenaufdruck zu versehen. Unsere für die Abmeldung in der Lebensmittelversorgung zuständige Stelle ist angewiesen, in Zukunft Lebensmittelkarten, die keinen Firmenstempel tragen, zurückzugeben.

Weißenfels, den 13. Juli 1920.

Der Magistrat.

Reichsware betreffend!

Aus der letzten Zuteilung von Reichsware sind noch einige kleine Bestände an Männersocken und Nessel vorhanden.

Die minderbemittelte Bevölkerung kann diese Waren bei den in Frage kommenden Geschäften gegen Bezugschein kaufen.

Wegen Erteilung eines Bezugscheines verweisen wir auf unsere Bekanntmachung vom 24. Juni 1920.

Weißenfels, den 14. Juli 1920.

Der Magistrat.

Pfänderversteigerung

im städtischen Leihamt zu Weißenfels Donnerstag, den 19. August 1920, vormittags von 9 Uhr ab, der nicht eingelösten Pfandstücke Nr. 857 — 1198 versetzt im Oktober, November und Dezember vorigen Jahres, enthaltend Uhren, Gold- und Silbersachen, Kleidungsstücke und Wäsche.

Die Ueberschüsse können in der Zeit vom 20.—25. Aug. abgehoben werden.

Weißenfels, den 12. Juli 1920.

Der Magistrat.

9. Buttermarke.

Vom Donnerstag früh ab findet in sämtlichen Buttergeschäften gegen Abgabe der 9. Buttermarke Verkauf von Margarine statt. Auf jede Marke werden

100 Gramm zu 2,70 Mk.

verabfolgt. Ablieferungstag der Marken: am Dienstag, den 20. Juli 1920.

Bitterfeld.

Gewerkschaftsfest

Sonnabend, den 17. Juli 1920, abends 8 Uhr, in der Festhalle auf der Bienengärtenwiese

Kommers

unter Mitwirkung der Arbeiter-Gesangvereine von Bitterfeld, Holzweißig, Greppin, des deutschen Musikerverbandes u. s. w.

Sonntag, den 18. Juli 1920

früh 6 Uhr Weckruf, von 11—1 Uhr in der Festhalle **Frühschoppenkonzert** ausgeführt von der gesamten Stadtkapelle.

Um 2 Uhr **Festzug** aller Gewerkschaften u. Vereine mit Festwagen. Abmarsch punkt 2 Uhr ab Wolfenerstr. Aufstellung von 1 Uhr an Wolfenerstr., Sommerstr. und angrenzende Straßen.

Von 4 Uhr an auf dem Festplatz

Volksbelustigungen

für die Kinder aller Altersklassen. Spiele unter bewährter Leitung.

Alles Nähere ist an den Plakaten ersichtlich.

Gewerkschaftskartell für Bitterfeld u. Umgegend.

Stadt-Theater

Donnerstag, d. 15. Juli, Anf. 7½, Ed. 10¼ Uhr:
Hoheit tanzt Walzer.
Freitag Anfang 6 Uhr:
„Die Meistersinger von Nürnberg".

Städtische Kammerspiele
Bad Wittekind.
Freitag, den 16. Juli, abends 7½ Uhr:
Stella
ein Schauspiel f. Liebende von Goethe.

Peissnitz.
Sonnabend, den 17. Juli, abends 8 Uhr:
Volks-Sinfonie-Konzert
des städt. Theater-Orchesters.
Leitung: Carl Nöhren.
Einlaß 1 Mark.

Apollo-Theater.
Tägl. 8 Uhr:
Der **dumme August.**
Optte. v. Rudi Gfaller.
Sonnabend, z. 1 Male:
Gräfin Paprika.
Vorverk. 9—1 u. 5—½7.

Wir haben einen großen Posten dünnen Papier-
Bindfaden
im ganzen oder kiloweise preiswert abzugeben
Verlag „Volksstimme"
G. m. b. H.
Gr. Ulrichstraße 27.
Fernruf 5407.

O. Heimsath & Sohn
Schneidermeister, Steg 19
empfiehlt sich zu
allen vorkommenden Arbeiten.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

Kunststopferei und Handweberei
Durch **Brand, Riß, Motten** 2c. beschädigte Sachen werden der Webart entsprechend wieder hergestellt.
F. R. Ludwig, Krausenstraße 24. Fernsprecher 3296.

Holzpantoffeln
nicht mit gestückeltem Lederblatt,
nicht aus Tuchblatt,
nur aus gutem, ganzen Lederblatt
liefert billigst
Otto Fricke, Kl. Ulrichstr. 9, im Hof.
Wiederverkäufer Vorzugspreise. 1240

Parteigenossen,
die über Werbefähigkeit und Zeit verfügen
können
sich am Ausbau der „Volksstimme"
in allen grösseren Orten des Verbreitungsbezirkes gegen hohe Provision nebenamtlich **beteiligen.** Information erfolgt in gemeinsamer Zusammenkunft. Schriftliche Meldungen sind an den
Verlag der Volksstimme, G. m. b. H.,
Grosse Ulrichstrasse 27 in Halle zu richten.

Altrenommierte Möbel-Fabrik
Herren- u. Speisezimmer
C. Hauptmann
Kl. Ulrichstr. 36a u. b.
ca. 200 Musterzimmer.
Schlafzimmer Küchen in jeder Preislage

Wie ist es möglich, eine Rückgratverkrümmung zu bessern, zu heilen? Illustr. Broschüre geg. Einsendg. von 1 Mk. von
Franz Menzel
Blasewitz 169
bei Dresden

Reparaturen an Uhren
übernimmt bei solider Ausführung zu normal. Preisen
H. Lerner, Uhren-Reparatur-Werkstatt.
Gr. Steinstraße 85
(gegenüber Barfüßerstraße).

Nähmaschinen
Reparatur-Werkstätte für Nähmaschinen.
Karl Möller, Schmeerstr. 1. Fernruf 6323.

Billige Seefische!
Blutfrischer
Nordsee-Schellfisch nur **1.40** pro Pfund
von Donnerstag früh eintreffendem Waggon offeriert
Friedrich Krahmer
Fluss- und Seefischhandlung,
Fischerplan 3. Telephon 6205.
Markttags Verkauf am Wochenmarkt.

Stellen finden

Vertreter gesucht,
für Schärfeapparat für Häckselmaschinen M. 9.50 und Sensenschärfeapparat (ersetzt das Dengeln der Sensen) M. 17.—. Riesenabsatz, hoher Verdienst, Muster franko Nachnahme. Rückgabe gestattet.
Max Strasser, Erfurt. z

Zu verkaufen

Pianos, neu und gebr.
auch auf Teilzahlung.
Stimmungen schnellstens.
H. Lüders, Mittelstr. 9-10.

Vermischtes

Sportmützen
in modernen Farben empfiehlt
J. Kaliga,
Gr. Klausstr. 35.

Mass-Schäfte
in bester Ausführung, auch von selbst gelieferten Stoff, Leder, Leinen fertigt sofort an
Schäftefabrik
F. Noah,
Leipzigerstraße 16,
Eingang Gr. Sandberg.

Rolladen. Jalousien Markisen
usw.
liefert u. repariert
Fach-Firma:
Hönemann
Büro: Am Bauhof 1.
Fernr. 5849 u. 3631.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 160 Abs. II der Reichsversicherungsordnung und des § 2 Abs. II des Versicherungsgesetzes für Angestellte ist der Wert der Sachbezüge für den Stadtkreis Halle wie folgt festgesetzt worden:

Gruppe der Versicherten (beiderlei Geschlechts, wenn keine zusätzliche Angabe gemacht ist.)	Volle freie Beköstig. Wohnung u. Heizung für den Tag M	Verpflegung für den Tag. (teilweise) Volle M	1. Frühstück Pf	2. Frühstück Pf	Mittagessen Pf	Mittag-Kaffee Pf	Vesper Pf	Abendbrot Pf	Wohnung für das Jahr: Stube M	Küche M	Kammer M	Stube b. gemeinschaftl. Benutz. M	Heizung für das Jahr: Stube M	Küche M	Kammer M
I. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung, Handlungsgehilfen und Gehilfen in Apotheken, Bühnen- und Orchestermitglieder, Lehrer und Erzieher, Gesellschafterinnen, Hausdamen und Haushälterinnen (Wirtschafterinnen) bei Personen der höheren Stände.	8,—	6,—	40	80	250	40	70	120	185	100	100	95	60	30	30
II. Handlungslehrlinge und Lehrlinge in Apotheken, Gewerbegehilfen jeder Art, Stützen in Privathaushalt und Gewerbebetrieb, über 18 Jahre alte Personen, die zu ihrer beruflichen Ausbildung tätig sind (Lernende) Arbeiter, Haushälterinnen (Wirtschafterinnen) bei Personen der mittleren Stände, männliche Dienstboten.	6,—	4,50	40	70	170	30	50	90	140	75	70	75	60	30	30
III. Weibl. Dienstboten, Aufwärterinnen, Waschfrauen, Haushälterinnen, (Wirtschafterinnen,) bei Personen der unteren Stände, gewerbl. Angestellte bis zum Lebensalter von 18 Jahren, gewerbliche Lehrlinge.	4,—	3,—	25	50	110	20	40	55	90	55	55	55	60	30	30

Diese Sätze treten vom 12. Juli 1920 ab in Kraft.

Für weitere Berufsgruppen mit regelwidrigen Verhältnissen der Sachbezüge wird Einzelprüfung und Festsetzung vorbehalten.

Halle, den 7. Juli 1920.

Der Magistrat. **Das Versicherungsamt.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200714-12/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Vorverkaufskarten für das Sommerfest abrechnen!

Funktionäre, welche sich noch im Besitz von Eintrittskarten für das Sommerfest befinden, werden ersucht, die Restbestände so bald wie möglich beim Genossen Kliebe, Pfännerhöhe 30 II, oder im Verlag der „Volksstimme" abzurechnen.

Referentenvereinigung. Morgen, Donnerstag abend 8 Uhr findet im Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstraße, unsere nächste Zusammenkunft statt. Da außerordentlich wichtige Punkte zu besprechen sind, bitten wir um das Erscheinen aller interessierten Genossinnen und Genossen.

„Freier Sängerchor." Freitag abend 8 Uhr im Vereinslokal „Zum Schultheiß", Merseburger Str. 10, Singestunde. Es ist dringend notwendig, daß alle Sangesbrüder pünktlich erscheinen. **Der Vorstand.**

Verein Arbeiter-Jugend. Die Genossinnen und Genossen treffen sich heute abend 7 Uhr im Jugendheim Weidenplan. Um pünktliches sowie zahlreiches Erscheinen bitet der Vorstand.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 14. Juli 1920.

Der Haushaltsplan in seinen einzelnen Positionen.

Zur Begründung des neuaufgestellten Haushaltetats wird vom Magistrat u. a. ausgeführt:

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1920 gibt ein getreues Spiegelbild der bis zum Uebermaße aufgeblähten deutschen Wirtschaft. Er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 72 334 000 Mark ab, das bedeutet gegen das Jahr 1919 eine

Steigerung um rund 44½ Million Mark.

Das Gewicht dieser Zahlen offenbart sich in seiner ganzen Schwere durch einen Vergleich mit dem letzten Etat vor dem Kriege.

Die Gesamtausgabe für 1920 stellt etwa den fünffachen Betrag der Ausgabe des Etats für das Rechnungsjahr 1914 dar, der mit rund 14 Millionen Mark abschloß; allein die Mehrausgabe für 1920 gegenüber dem vorigen Jahre ist also mehr als dreimal so hoch, als die gesamte Ausgabe für 1914. Sicherlich kommt in dieser ungeheuren Mehrbelastung zum Teil der nahezu völlige Abbau der Kriegskonten und die daraus sich ergebende Uebernahme erheblicher Gehaltsbeträge und Unterstützungslasten auf den ordentlichen Etat zum Ausdruck; denn nur die notwendigerweise fortgesetzten früheren kriegswirtschaftlichen Betriebe (Ernährungsamt, Kriegsbrotausschuß, Holz- und Kohlenwirtschaft) bestreiten ihre Ausgaben noch aus außerordentl. Mitteln und müssen sie andererseits wiederum aus ihren Einnahmen decken. Der Abbau der Kriegswirtschaft erklärt aber doch jenes Anschwellen der Ausgaben nur zum kleinen Teil; ihren wesentlichen Grund haben sie in der seit dem vorigen Jahre sprunghaft gesteigerten Entwertung des Geldes; und diese findet wiederum ihren stärksten Ausdruck in dem ungeheuren Anwachsen der Gehälter und Löhne. Ein besonders bezeichnendes Beispiel hierfür gibt der Polizei-Etat, wo die Steigerung der persönlichen Kosten die Rekord-Mehrausgabe von rund 3¼ Millionen Mark im wesentlichen verursacht, ungerechnet die durch die Besoldungsreform noch hinzutretenden Gehaltssteigerungen.

Eine besonders empfindliche Mehrbelastung erfährt der Etat durch die enorme Erhöhung der Provinzialsteuern von 16½ auf 50 Prozent, die eine Mehrausgabe von 2 641 500 Mark zur Folge hat und insofern als geradezu unbillig empfunden werden muß, als die einzelnen Gemeinden der unbeschränkten Steigerung der Provinzial-Steuern nicht mehr durch eine entsprechende Erhöhung des Einkommensteuerzuschlages begegnen können. Als ein nicht minder bedauerlicher Beweis für die einseitige Belastung der Gemeinden durch das Reich erscheint ferner die Erhöhung der Schuldenzinsen im Kapitel V um 1 214 000 Mk., die zum größten Teil vermieden worden wäre, wenn das Reich seiner selbstverständlichen Verpflichtung, die Gemeinden von allen Kriegsschulden zu entlasten, nachgekommen wäre.

Die starke Entwertung des Geldes drückt sich notwendigerweise auch in der empfindlichen

Steigerung der Armenlasten um rund 2½ Millionen Mark

aus, wozu noch die durch die Zeitverhältnisse gebotene Mehrausgabe beim Jugendamt mit rund 1¾ Millionen Mark hinzutritt. Bei beiden Etats ist bemerkenswert, daß sie erhebliche Zuschüsse für die Stiftungen, und zwar selbst für diejenigen unter ihnen entbalten, deren reiche Mittel eine Notlage früher schlechthin als ausgeschlossen erscheinen ließen.

Wie stark trotz steigender Finanznot gerade die schlechterdings unabweisbaren sozialen Pflichten der Stadt gewachsen sind, das zeigen die Etats des Arbeitsamts (Mehrausgabe rund 400 000 Mark) und des Wohnungs- und Mietseinigungsamts (Mehrausgabe rund 375 000 Mark). Da die Städte hier unzweifelhaft Aufgaben erfüllen, die zum wesentlichen Teil eigentlich dem Reiche zufallen, so muß u. E. gefordert werden, daß das Reich sich künftig an erheblichem Maße an den dafür aufzuwendenden Kosten beteiligt.

Beim Etat der Stadtentwässerung sind Mehrausgaben nur durch die Erhöhung der Kanalgebühren von 2,4 Prozent auf 4,7 Prozent vermieden worden, die bei der ungeheuren Anspannung des Gemüetetats nicht zu umgehen war. Der Etat der Straßenbeleuchtung wäre noch weit höher geworden, wäre nicht die Zahl der brennenden Laternen noch erheblich unter die schon in den Vorjahren recht geringe Zahl herabgesetzt worden. Die verhältnismäßig noch erträgliche Steigerung der Ausgabe beim Theater endlich (rund 293 000 Mark) ist dadurch zu erklären, daß ein Ausgleich für den Rückgang der Besucherzahl im Stadttheater durch nicht unerhebliche Einnahmesteigerungen aus den vermehrten Aufführungen im Thalia-Saal und in Wittekind erwartet wird, die es rechtfertigen, die Erwägung der Schließung des Theaters vorläufig zurückzustellen. Ueber den Betrieb der Thalia-Säle wird im übrigen ein Nachtragsetat aufgestellt werden. Zum Schluß sei auf die nach den tragikomischen Erfahrungen des verflossenen Jahres sicher nicht übermäßige Steigerung des gemeinschaftlichen Dispositionsfonds im Kapitel XXIV von rund 500 000 Mark auf rund 1 500 000 Mark hingewiesen.

Abgesehen von der schon erwähnten Erhöhung der Kanalgebühren und der ihrer Natur nach bedeutsamen und für den Gesamtetat nicht erheblichen, aber für die Beteiligten sehr fühlbaren Schulgelderhöhung auf fast das dreifache Betrag finden sich die ausschlaggebenden Einnahmequellen im Kapitel I Ueberschuß aus 1918), beim Gas- und Elektrizitätswerk sowie endlich im Steuer-Etat.

Wider Erwarten hat uns das Jahr 1918 — wohl zum letztenmal für lange Zeit! — noch einmal einen Ueberschuß in der ansehnlichen Höhe von rund 1¾ Mill. Mk. beschert. Wieviel trauriger sich aber unsere Lage seit dem letzten Jahre gestaltet hat, das zeigt wohl am besten die Tatsache, daß wir im vorigen Jahre noch den weitaus größten Teil des Ueberschusses aus dem Jahre 1917 an den Ausgleichsfonds abführen konnten; in diesem Jahre schlagen wir schweren Herzens vor, den gesamten Ueberschuß dem Etat als Einnahme zuzuführen. Das Kapitel I weist indessen eine Mehreinnahme von 1 403 000 Mark auf. Umsoweniger darf auch nur dem seltsten Gedanken Raum gegeben werden, den mit rund 3,6 Millionen Mark zu Buche stehenden Ausgleichsfonds auch nur zu einem kleinen Teile für Zwecke des diesjährigen Etats anzugreifen. Es verstieße gegen alle Gesetze der Vernunft, ja es wäre ein unentschuldbarer Leichtsinn, wollten wir unsere letzte Reserve schwächen; denn wir werden sie noch bitter nötig haben, sie wird wahrscheinlich sogar noch viel zu gering sein; noch steht nicht fest, ob und in welchem Maße das verflossene Jahr Anforderungen an den Ausgleichsfonds zur Deckung eines etwaigen Defizits stellen wird. Noch schwerere Gefahren birgt aber der vorliegende Etat. Die Unsicherheit und Unklarheit der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse kann uns trotz aller Sparsamkeit vor ungeahnte und nicht abzuschätzende, unausweichliche Mehrausgaben stellen, für die es an anderweiter Deckung fehlt und für die dann als einziger Notanker der Ausgleichsfonds mit seinem für die jetzigen Verhältnisse gewiß nicht überreichem Bestande bereitsteht. Hierhin gehört insbesondere auch die Gefahr größerer Ausfälle bei den Einnahmen des Elektrizitätswerkes, die im Falle einer wirtschaftlichen Krise in die Millionen gehen kann.

Was die zweite Quelle der Einnahmesteigerungen, die Ueberschüsse der städtischen Werke angeht, so leidet zunächst das Gaswerk schwer unter der Unsicherheit und Knappheit der Kohlenzufuhr, und es muß daher als eine immerhin beachtliche Leistung gewertet werden, wenn es dem Haupt-Etat einen Ueberschuß von mehr als 2 Millionen Mark zur Verfügung stellt. Der dabei sich ergebende Gaspreis ist zwar außerordentlich hoch, wenn auch in anderen Städten teilweise noch wesentlich höhere Preise gefordert werden; wir sind uns auch durchaus bewußt, daß wir hier wie beim Elektrizitätswerk, der Not der Zeit gehorchend, fast schon die Grenze des möglichen überschritten haben, und es bereitet uns nur einen schwachen Trost, daß es überall als eine traurige Notwendigkeit empfunden wird, in Ermangelung anderer reichlich fließender Einnahmequellen die städtischen Werke in einem fast schon nicht mehr erträglichen Maße zur Deckung der Riesenlasten der Städte heranzuziehen. Noch weit ergiebiger, als beim Gaswerk, soll denn auch die Einnahme aus dem Elektrizitätswerk fließen, das den früher wohl nie erwarteten Ueberschuß von annähernd 7,4 Millionen Mark abwerfen soll. Es darf dabei allerdings, wie schon oben angedeutet, nicht übersehen werden, daß ein Rückschlag in der allgemeinen Wirtschaftslage mit dem Rückgang der Stromentnahme, zumal für Kraftstrom, auch die Höhe des Ueberschusses bedenklich beeinflussen kann.

Auf dem Gebiete der Steuern treten zum ersten Male die Einnahmen aus dem Anteile der Stadt an den Reichs- und Landessteuern in vollem Umfange in Erscheinung. Die ergiebigste Quelle bildet hier der Anteil an der Einkommensteuer, die ja bekanntlich in der Hauptsache dem Einfluß der Gemeinde entsogen ist und ihr in einem feststehenden Betrage vom Reich bezw. vom Staate zugewiesen wird. Dank der im Laufe des vergangenen Jahres zur Deckung von Mehrausgaben durchgeführten Steuererhöhungen ist der nach dem Landessteuergesetz der Gemeinde garantierte Anteil am Ertrage (Rechnungsmäßiger Soll-Betrag des Jahres 1919 + 25 Prozent davon) für unsere Stadt auf die ansehnliche Höhe von 27½ Millionen Mark gebracht worden. Das sind etwa 14,9 Millionen Mark mehr, also mehr als doppelt so viel, als das Etats-Soll des Jahres 1919 betragen hat. Es wird von Interesse sein, zu erfahren, daß der uns zufallende Anteil an der Reichseinkommensteuer, nach alten Grundsätzen umgerechnet, einen gemeindlichen Zuschlag zur früheren staatlichen Einkommensteuer von 511 Prozent (Steuereinheit 53 810 Mark) entsprochen haben würde. — Neben dem Anteil an der Einkommensteuer erscheint der Anteil an der Reichs-Umsatzsteuer mit 950 000 Mark, der Anteil an der Reichs-Grunderwerbsteuer mit 275 000 + 100 000 Mark und der Anteil an der Reichs-Zuwachssteuer mit 120 000 Mark.

Bei den indirekten Steuern erscheint zum ersten Male der Ertrag aus der neuen Lustbarkeitssteuer mit 2¾ Mill. Mk. gegen 200 000 Mark im Vorjahr, wogegen die übrigen indirekten Steuern erhebliche Mehrerträge nicht abwerfen.

Es bleibt hiernach nach Berücksichtigung aller bisher erwähnten Einnahmen, noch ein Bedarf von 13 603 600 Mark zu decken, wozu in erster Linie die Realsteuern heranzuziehen sind. Auch hier glauben wir bis an die Grenze des eben noch möglichen gegangen zu sein, indem wir zunächst die städtische Grund- und Gebäudesteuer mit 12½ Prozent des Nutzungswertes = 436 Prozent des Ertrages der staatlich veranlagten Steuern zu erheben vorschlagen (gegen 10,9 Prozent des Nutzungswertes bezw. 353 Prozent im Jahre 1919). Der Ertrag dieser Steuer ist mit 3 625 000 Mark (gegen 2 253 000 Mark im Voranschlag für 1919) veranschlagt.

Nicht anders, als die Grund- und Gebäudesteuer, ist auch die Gewerbesteuer außerordentlich stark gesteigert worden, nämlich auf 400 Prozent der Sätze der besonderen Gemeindesteuerordnung und 448 Prozent der staatlichen Sätze (gegen 316 und 354 Prozent im Vorjahre einschließlich der Nachsteuern. Sie sollen 2 978 600 Mark (gegen 1 722 000 Mark im Voranschlag für 1919) erbringen. Bei der jetzt bereits rückläufigen Konjunktur in den meisten Gewerbezweigen erscheint es nicht möglich, den Zuschlag noch über die vorgeschlagenen Sätze hinaus zu steigern.

Der Zuschlag zu den gesamten Realsteuern beträgt 6 603 600 : 1 496 200 = rund 441 Prozent.

Nach Abzug der Erträge der Realsteuern bleiben noch 7 Millionen Mark zu decken. Bei der äußersten Erschöpfung der anderen Quellen, zumal auch der Gebühren der Betriebswerke, blieb nur übrig, denselben Weg zu gehen, den nahezu alle anderen Städte zu beschreiten genötigt sind, nämlich von der den Städten durch das Gesetz gebotenen Möglichkeit Gebrauch zu machen, die von der Reichssteuer freibleibenden Einkommensteile mit den durch das Gesetz vorgeschriebenen Sätzen und unter Benutzung der zugelassenen Steuererleichterungen mit einer Gemeindesteuer zu belegen. Unsere anfängliche Absicht, die Einkommen bis zu 5000 Mark von dieser Steuer ganz frei zu lassen, wurde durch die Notwendigkeit durchkreuzt, auf Grund des inzwischen herausgekommenen Volksschullehrer-Besoldungsgesetzes kurz vor Abschluß des Etats noch über 1 Million Mark mehr für Lehrergehälter in den Schul-Etat einzustellen. Wir waren daher leider genötigt, die Grenze der Steuerfreiheit auf 6000 Mark zurückzusetzen, worin wir übrigens allen bisher bekannt gewordenen Steuerordnungen anderer Städte folgen. Der Ertrag wird dadurch auf 7 Millionen Mark gesteigert.

So legen wir den Haushaltsplan in die Hände der Versammlung in dem Bewußtsein, zwar der Bürgerschaft schwere Lasten aufzubürden, hierbei aber unter dem unentrinnbaren Zwange einer ehernen Notwendigkeit zu stehen, unter dem Gebote der schweren und ernsten Pflicht, das schwerbelastete Schiff der städtischen Finanzen sicher und gesund durch die hochgehenden Wogen dieser ohnegleichen schweren Zeit steuern zu müssen. Opferbereite, unermüdliche Arbeit aller Teile des Volkes wird auch hier den Weg zu gesegneteren Gestaden bereiten.

Der Magistrat. Rive. Sendel.

Tagung des Verbandes deutscher Medizinerschaften.

Die große Notlage der deutschen Aerzteschaft. — Ueber 4000 stellenlose Aerzte.

Vom Verein hallischer Kliniker wird uns geschrieben: Vom 9. bis 12. d. M. fand in Leipzig die 12. Verbandstagung des Verbandes Deutscher Medizinerschaften statt. Seit 12 Jahren besteht die Reichsorganisation der deutschen Medizinstudierenden zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Interessen und zur Organisation ihrer Mitarbeit an den gemeinsamen sozialen und kulturellen Aufgaben, die sich die deutsche Studentenschaft gestellt hat. „Aha, also eine Studentenversammlung, wird eine fidele Sache gewesen sein", so wird mancher denken. Doch sachte, lieber Freund!

Wie es unter den deutschen Arbeitern verschiedene Richtungen und Strömungen gibt, so auch unter den deutschen Studenten. Eine gewisse Art allerdings von Student, wie sie vielfach noch in der Volksvorstellung lebendig ist, die gibt es heute eigentlich überhaupt nicht mehr. (Auch nicht in Halle? D. R.)

In angestrengten, bis zu 12 Stunden ausgedehnten Dauersitzungen wurde die umfangreiche Tagesordnung durchgearbeitet. Im Vordergrunde der Verhandlungen standen Organisationsfragen. Im Interesse der einheitlichen Zusammenfassung aller Kräfte wurde die Zwangsorganisation mit erheblicher Majorität für das erstrebenswerte Ziel erklärt. Von allgemeinem Interesse dürften die Ausführungen sein, welche Dr. Wiebel, der Generalsekretär des Leipziger Aerzteverbandes, über die traurige Lage machte, die z. Zt. auf dem ärztlichen Arbeitsmarkt herrscht. Dr. Wiebel wies darauf hin, daß heute über 4000 stellenlose Aerzte z. T. schon seit länger als einem Jahre vorgemerkt seien bei der Stellenvermittlungsabteilung des Leipziger Aerzteverbandes, ohne daß eine Möglichkeit besteht, diesen Bewerbern irgendeine, wenn auch gering bezahlte ärztliche Tätigkeit zu vermitteln. So ist es denn durchaus keine Uebertreibung, daß eine ganze Anzahl von diesen Aerzten darauf angewiesen ist, Arbeitslosenunterstützung zu beziehen! Wie katastrophal vollends sich die weitere Entwicklung des ärztlichen Arbeitsmarktes gestalten muß, geht ohne weiteres aus Folgendem hervor:

Wir haben augenblicklich in Deutschland etwa 37 000 Aerzte. Das sind schon etliche Tausend zu viel. Dazu kommen aber im Verlauf der nächsten fünf Jahre noch die 22 000 Studierenden der Medizin, die sich z. Zt. auf den deutschen Universitäten befinden. In einigen Jahren werden also die Erwerbsmöglichkeiten des deutschen Arztes nicht nur nicht der allgemeinen Geldentwertung entsprechend steigen, sondern um die Hälfte vermindert sein!

Ein um so hellerer Lichtblick war es, daß auch diese Studenten-Versammlung trotz der schweren eigenen Sorgen, die jeden Teilnehmer angesichts dieser Schlage beschleichen mußten, sich dem Blick und der Sorge für die Nöte des Volksganzen keineswegs verschloß. Nach den Berichten des Königsberger und eines deutsche österreichischen Vertreters wurde einstimmig beschlossen, den deutschen Brüdern, die um ihr Selbstbestimmungsrecht kämpfen, im Falle der Not mit allen Mitteln zur Seite zu stehen. Als die Versammlung am 9. Juli geschlossen wurde, konnten alle Vertreter nach Hause reisen, mit der ruhigen Zuversicht, daß in der deutschen Studentenschaft der ernste Wille zur praktischen Arbeit an der Wiedergesundung des deutschen Vaterlandes lebt und schafft, mit der festen Ueberzeugung, daß gerade auch die Handbeiterschaft Deutschlands von weitem Kreisen der deutschen Studentenschaft mit Recht erwarten darf, daß sie ihr treue und selbstlose Helfer und Führer stellen wird für den Bau des neuen deutschen Hauses, in dem alle Klassen, Glieder und Berufe gerecht und glücklich nebeneinander wohnen sollen.

Die Volksfürsorge marschiert.

In den Kreisen privatkapitalistischer Volksversicherungsinteressenten gab es bei der Gründung der Volksfürsorge eine Strömung, die der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksversicherung nur ein sehr kurzes Leben prophezeite. Sie ist ebenso arg getäuscht worden wie jene, die durch Konkurrenzgründungen z. B. Kapp usw. dem neuen Arbeiterunternehmen als einer „sozialdemokratischen Parteigründung" das Lebenslicht frühzeitig ausblasen wollte. Daß die Gründung der Volksfürsorge notwendigen Bedürfnissen entsprach, beweisen die Erfolge der ersten sechs Monate, die ins Gründungsjahr 1912 fielen. Fast 13 Millionen Mark Versicherungssumme wurde hereingebracht, die 1914 auf über 20 Millionen Mark stieg, obwohl die fünf Kriegsmonate nahezu jede Tätigkeit unterbanden. Die neue Organisation wurde so gut wie lahmgelegt, weshalb die Versicherungssummen in den Kriegsjahren 1915—1918 sich nur langsam von 2¾ auf 4,9, 8,9 und 23,3 Millionen Mark steigern konnten. Nach dem Kriege wurde dann emsig am Auf- und Ausbau der Organisation gearbeitet mit dem Erfolg, daß 1919 eine Versicherungssumme von 86,7 Millionen Mark eingebracht werden konnte. Einer höhen und nachdrücklichen Werbearbeit ist es gelungen, im ersten Halbjahr 1920 eine Steigerung auf 12¾ Millionen Mark zu erzielen, so daß am Jahresschluß ¼ Milliarde Mark überschritten sein wird.

Das Ergebnis muß alle Gewerkschafter und Genossenschafter, die mit daran gearbeitet haben, mit Stolz erfüllen, und die in Versicherungsfragen noch gleichgültig beiseite Stehenden sollte es anspornen, aus ihrer Nachlässigkeit herauszutreten und mit Hand ans Werk zu legen. In der Frage der Fürsorge für eintretende Fälle der Not, die durch Todesfälle kaum einer Arbeiterfamilie erspart werden sind sich die denkenden und fühlenden Arbeiter aller Richtungen klar. Nur Unkenntnis steht noch abseits. Die gilt es, weil sie riesengroß ist, mit allen Mitteln der Aufklärung zu überwinden. Die Millionen neuer Gewerkschafts- und Genossenschaftsmitglieder und sozialistischen Wähler sind zu informieren und zu gewinnen für die sozialisierte Volksversicherung; die Volksfürsorge, Hamburg 5, die in allen größeren Orten des Reiches Rechnungsstellen unterhält und über die auch die Gewerkschaften und Konsumvereine Auskünfte erteilen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Klemnner, Installateure: Donnerstag, den 15. Juli, abends 7 Uhr, in Köppchens Restaurant.

Orthopädie-Mechaniker: Freitag, den 16. Juli, abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus Branchenversammlungen.

Die Redaktion der Volksstimme hat gehörig lachen müssen, wie sie in der „Allgemeinen Zeitung" einen Herzenserguß der „farbentragenden Studenten" alias der „Zeitüberlistigen" aus den Kapp-Tagen las. Diese geehrten Herren fühlen sich von uns mit schwärzestem Unduft belohnt durch eine Veröffentlichung in unserer Freitagnummer mit der Ueberschrift: „Sie fühlen sich wieder."

Aber für welche dankenswerte Tat haben sie von uns Undank erhalten. Man höre und staune. Sie haben anläßlich des Kapp-Putsches — ich bitte nicht zu lachen — die alte Regierung gestützt. Sie stützten sie, indem sie sich uneingeschränkt hinter den Garnisonälteisten Czetteritz stellten, der nur Nachrichten der neuen Putschregierung durchließ. Sie stützten sie, indem sie Verbreiter von Nachrichten der rechtmäßigen Regierung verhafteten, sie stützten sie indem sie die Glasscheiben in unserm Verlagsgeschäft einschlugen, um Nachrichten zu entfernen, die von der Niederschlagung der Putschversuche in Magdeburg berichteten. Und für alle dies wahrheit „Kapp-feindlichen" Handlungen erhalten sie nun weiter nichts als unseren unverständlichen Unduft. Das ist empörend. Drum muß man diese Empörung ausgerechnet in einer Zeitung zum Ausdruck bringen, die selbstverständlich und von jeher, die auch gestrend der Kapptage auf Seiten der sogenannten „sozialistischen" Regierung stand.

Wir danken.

* **Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen.** Donnerstag, den 15. Juli, abends 8 Uhr bei Wilsdorf Versammlung. Hochwichtiger Vortrag: „Kapitalabfindung, Pfändung, Verpfändung und Uebertragung der Militärrenten". (Referent Kam. Janus). Wahl eines zweiten Schriftführers.

Reichsbundjugend. Sonntag, den 18. Juli, morgens 6 Uhr Versammlung der schulentlassenen Jugend beider Abteilungen am Kaffeegarten in Trotha. Abmarsch pünktlich 6 Uhr nach dem Petersberg. Rückkehr am Abend. Schulkinder sind von diesem Ausflug ausgeschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200714-12/fragment/page=0005

Errichtung eines paritätischen Facharbeitsnachweises für das gesamte Holzgewerbe beim städt. Arbeitsamt Halle.

Nach längeren Verhandlungen sind die an dem Holzgewerbe beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen (Arbeitgeberschutzverband für das Holzgewerbe, Tischler-Zwangsinnung, Stellmacher-Innung, Glaser-Innung, Holzarbeiter-Verband, Verband der Glaser und Böttcher) übereingekommen, beim städt. Arbeitsamt Halle einen paritätisch verwalteten Facharbeitsnachweis für das gesamte Holzgewerbe zu errichten. Die Organisationen haben sich verpflichtet, jede eigene Vermittlung einzustellen und Arbeitskräfte nur nach vorheriger Anmeldung des Bedarfs durch das städt. Arbeitsamt zu beziehen. Vermittelt werden durch die Fachabteilung nicht nur gelernte Facharbeiter, sondern auch Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen, sowie Jugendliche, soweit sie im Holzgewerbe beschäftigt werden. Die Vermittlung erfolgt ab 15. Juli d. J. täglich von 8—3 Uhr in der Fachabteilung für das Holzgewerbe, Gr. Berlin 14. Telephon Nr. 7681. Briefsendungen und schriftliche Aufträge sind zu richten an das städt. Arbeitsamt, Halle, Salzgrafenstraße 2.

Auf die Bekanntmachung der beteiligten Organisationen im Inseratenteil wird hingewiesen.

Zigarrendiebstahl. In vergangener Nacht wurde in der Langestraße die Schaufensterscheibe eines Zigarrengeschäfts eingeschlagen und von den Auslagen Zigarren und Zigaretten im Werte von etwa 150 Mark entwendet. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Im Jähzorn. Eine hierselbst wohnhafte Ehefrau wurde während eines Streites von ihrem Vater durch Stiche mit einem Küchenmesser derart verletzt, daß sie im Krankenwagen der Klinik zugeführt werden mußte.

Wert der Sachbezüge für Angestellte. Im Inseratenteil unserer heutigen Nummer erscheint eine Bekanntmachung des Versicherungsamts über den Wert der Sachbezüge für die Beamten, auf die wir hier besonders hinweisen.

Provinz und Umgegend.

Unterbezirk 3 (Mansfeld).

Sonntag, den 18. Juli, vormittags 10 Uhr in Eisleben, Gambrinushalle, Hallesche Straße

Unterbezirkskonferenz.

Tagesordnung: 1. Was lehren uns die Reichstagswahlen? 2. Agitation, Organisation und Presse. 3. Geschäftliches.

Alle Ortsvereine müssen mindestens einen Delegierten senden. Auf die besondere Wichtigkeit der Konferenz wird hingewiesen. Der Vorstand.

J. A.: Strauß-Eisleben.

Ende des Streikes im Zeitz-Weißenfelser Revier.

Die am Sonnabend, den 10. dieses Monats in Halle stattgefundene Konferenz der Gewerkschaftsleiter und Streikendenvertreter (über deren Verlauf wir in der letzten Montagnummer der „Volksstimme" berichteten. D. R.), zeitigt bereits ihre ersten Früchte.

Bekanntlich verpflichteten sich dort die anwesenden Vertreter aus den Streikrevieren, nachdem eine Einigung über die aufzustellenden Bedingungen für die Wiedereinfahrt in die Gruben erzielt worden war, bei ihren Belegschaften für den Abbruch des Streikes einzutreten.

Die erste Meldung über die Tätigkeit dieser Vertreter liegt uns aus Zeitz vor. Es waren dort auf der einberufenen Betriebsräte-Konferenz 177 Vertreter anwesend. Nach einer ausgiebigen Debatte stimmten für sofortige Arbeitsaufnahme 138 Delegierte, für Fortsetzung des Streiks 38 Delegierte.

Für das Zeitz-Weißenfelser Streikgebiet kommen 7—8000 Streikende in Frage.

Das Meuselwitzer Revier kommt dabei nicht in Frage. Eine Delegation der Meuselwitzer war auf der Konferenz in Zeitz anwesend.

Tagung des Unterbezirks Wittenberg-Schweinitz am 11. Juli 1920.

Die Konferenz wurde vom ersten Vorsitzenden Gen. Wiegand eröffnet. Der Besuch der Konferenz hätte etwas besser sein können. Vom Bezirkssekretariat war Gen. R. Drescher-Halle erschienen, von der Pressekommission unseres Parteiblattes „Volksstimme" Gen. Reinhardt-Halle. Gen. Wiegand gibt die Tagesordnung bekannt, die wie folgt erledigt wird:

1. Vortrag des Gen. Wiegand über die Reichstagswahl und die politische Lage
2. Die Unterbezirks-Organisation.
3. Agitation für die „Volksstimme".
4. Stellungnahme zum Parteitag.
5. Neuwahl des Unterbezirksvorstandes.
6. Verschiedenes.

In seinem Vortrag über die Reichstagswahl und politische Lage geht Gen. Wiegand kurz und trefflich ein. Als besonders hebt er die schmutzige Art und Weise der Führung des Wahlkampfes durch die Unabhängigen hervor. Im Grunde genommen sollte man mit dem Ergebnis der Wahl zufrieden sein. Wir hatten einen schweren Stand, um so leichter wird es uns für das nächstemal sein. Seine Hauptaufgabe ersieht er darin, die ländlichen Bezirke für unsere Partei zu erschließen. Daß die U. S. P. eine Regierungsbildung abgelehnt hat, bezeichnete er unter Zustimmung aller Konferenzteilnehmer als einen großen Fehler. Seine weiteren Ausführungen sind auf die jetzigen Verhandlungen in „Spa" gerichtet. In der sehr lebhaften Diskussion melden sich eine Anzahl Genossen, die zustimmend seine Ausführungen unterstreichen. Zum zweiten Punkt spricht Gen. Drescher-Halle. Seine kurzen klaren Ausführungen über die künftige Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Arbeit der Unterbezirke sind so, daß eine Aussprache hierzu nicht stattfindet. Seine weiteren Ausführungen über die Einigkeit innerhalb der Ortsgruppen findet lebhafte Zustimmung. Zu Punkt 3 erstattet Gen. Reinhardt-Halle eingehenden Bericht. Er hebt hervor, daß die Erhöhung des Abonnementspreises auf 5 Mark monatlich erforderlich ist, durch die immer noch steigende Erhöhung der Druckkosten und des Papiers. Einstimmig trat die Konferenz für die Erhöhung ein. Gen. Reinhardt bittet um tatkräftige Arbeit um unser Parteiorgan in die gewünschte Höhe zu bringen. Für richtigen Ausbau unserer Presse ist von Seiten des Bezirksvorstandes genügend getan. Eine Anzahl Genossen sind geworben, die durch Mitarbeit unsere „Volksstimme" unterstützen. In der Aussprache wird bemängelt, daß die Berichte von der Redaktion kürzer gefaßt werden. Gen. Reinhardt zerstreut die Bemängelung und hebt hervor, daß tatsächlich nicht jedem Recht getan werden kann. Gen. Wiegand gibt bei Punkt 4 die nötige Erläuterung. Von der Unterbezirkskonferenz wird Gen. Wiegand einstimmig als Vertreter zum Parteitag gewählt. Alle Ortsgruppen bitten wir, da der Unterbezirk Liebenwerda-Torgau ebenfalls Anspruch hat einen Vertreter aufzustellen, ihre Stimme für den Gen. Wiegand abzugeben. In kürzester Zeit müssen die Ortsgruppen diesen Punkt erledigen und Zettelwahl vornehmen. Die Zettel und das Ergebnis dem Bezirksvorstand einsenden. Der Hauptteil des Tages, die Vorstandswahl wird in glatter Weise erledigt. Der Sitz der Unterbezirksleitung wird von Piesteritz nach Wittenberg verlegt. Ein Punkt der zu manchen kleinlichen, persönlichen Sachen Anlaß gegeben hat, ist dadurch erledigt worden. Bevor zur Wahl geschritten wird, erstattet Gen. Privenau-Piesteritz den Kassenbericht. Er hebt hervor, daß manche Ortsgruppen des Unterbezirks sehr viel Geld zur Führung des Wahlkampfes gebraucht hätten. In Zukunft wird auch dies gereglt und vorher der zu verbrauchende Teil festgestellt. Zum ersten Vorsitzenden wird von Wittenberg Gen. Heilige vorgeschlagen. Die darauffolgenden Aufführungen gehen dahin, daß es in der jetzigen schweren Zeit wichtig ist, den Posten einer eingearbeiten Person zu überlassen. Hierauf wird Gen. Gustav Wiegand als 1. Vorsitzender einstimmig gewählt. 2. Vorsitzender Gen. Winter-Wittenberg, 1. Kassierer Gen. Rob. Behrens-Wittenberg, Markt 25, 2. Kassierer Gen. Max Levy, 1. Schriftführer Gen. Scheel-Piesteritz, 2. Schriftführer Gen. Knöfler-Wittenberg. Als Beisitzer die Genossen Kühn-Falkenberg, Sprötze-Wittenberg, Richter-Senda, als Revisoren Gen. Heilige-Wittenberg und Gen. Reidel-Zahna. Gen. Privenau-Piesteritz wird als Mitglied der Pressekommission gewählt. Zu Punkt Verschiedenes gibt Gen. Wiegand die Erklärung im Fall des Gen. Sprötze ab, daß er bedauert, daß die Anschuldigung haltlos ist. Gen. Sonnenburg, Winter, Michael Wendlich-Linda beteiligen sich an der Aussprache hierüber. Dem Gen. Sprötze wird damit Genugtuung zuteil, daß dem eigentlichen Urheber, dem Dr. Tauß-Piesteritz der Beschluß der Untersuchungskommission schriftlich mitgeteilt wird. Ebenfalls den Mitgliedern des Aktionsausschusses. Gen. Reidel-Zahna berichtet über eine Angelegenheit wo von seiten der Unabhängigen gegen ihn als Westflüchtling Machinationen unternommen werden, die gegen das Gesetz und guten Sitten verstoßen. Gen. Knöfler berichtet über die am Freitag, den 16. 7. stattgefundene öffentliche Versammlung im großen Balzerschen Saal. Alle linksstehenden Parteien sind hieran beteiligt, über die politischen und wirtschaftlichen Vorkommnisse in Wittenberg der vergangenen Wochen, Erklärungen abzugeben. Gen. Wiegand wird beauftragt, unsere Partei dort zu vertreten. Hierauf schließt Gen. Wiegand 4.30 Uhr die Konferenz, die in allen Punkten einen guten Verlauf genommen hat.

Sind die Löhne zu hoch?

Zu den Behauptungen der rechtsstehenden Kreise gehört, daß sich die Arbeiterschaft heute wirtschaftlich gut stehe. Jeder, der nur einigermaßen Kenntnis von der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Bevölkerung hat, weiß, daß das eine glatte Unwahrheit ist. An einigen Beispielen sei dies kurz nachgewiesen:

Ein Arbeiter verdiente früher 35—40 Mk. pro Woche, das machte pro Tag 6 bis 7,50 Mk. Heute verdient derselbe Arbeiter 200 bis 275 Mark pro Woche oder 30 bis 45 Mk. pro Tag. Während die Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel aber mindestens um das Zehnfache, meistens aber um das Zwanzig- bis Dreißigfache gegen früher gestiegen sind, haben die Lohnerhöhungen nicht im geringsten damit Schritt gehalten. Die Arbeiter und die Hausfrau stehen sich heute mit ihren Familien weit schlechter — trotz der „hohen Löhne" — als vor dem Kriege.

Früher kostete ein Pfund Fleisch 50 bis 80 Pfennig. Dafür mußte der Arbeiter eine Stunde arbeiten. Heute kostet das Fleisch 8 bis 10 Mark; dafür muß der Arbeiter 2½ bis 3mal länger arbeiten als früher. Butter kostete früher 1,10 Mark, und dafür mußte der Arbeiter rund 1½ Stunden arbeiten. Heute kostet die Butter 28 bis 32 Mark; dafür muß der Arbeiter sieben- bis achtmal länger arbeiten als früher. Mehl kostete früher 20 Pfg. pro Pfund. Wenn heute der Arbeiter Mehl kaufen will, so muß er die dreifache Arbeitszeit dafür aufwenden. Zucker kostete ebenfalls 20 Pfg. pro Pfund. Wenn ihn der Arbeiter sich heute beschaffen will, so muß er acht- bis zehnmal länger arbeiten als früher. Hüsenstrümpfe kosteten 30 Pfg. das Pfund. Wenn sich der Arbeiter heute solche beschaffen will, muß er das doppelte und dreifache seiner Arbeitszeit dafür opfern. Strümpfe für Erwachsene kosteten früher 2 Mark das Paar. Das macht in Arbeitszeit umgerechnet 4 bis 5 Stunden. Heute muß der Arbeiter dafür doppelt so lange arbeiten, um sich ein Paar Strümpfe anzuschaffen. Ein Hemd kostete früher (ganz gute Qualität) 3 Mark oder 4 bis 5 Stunden Arbeit. Heute kostet es 60 bis 100 Mark. Der Arbeiter muß also heute das Zwei- bis Dreifache an Arbeitszeit dafür aufwenden. Schuhe kosteten früher 10 bis 14 Mark, oder 1½ bis 2 Tage Arbeit. Heute muß der Arbeiter mindestens 8 Tage arbeiten um sich ein Paar Schuhe anschaffen zu können. (Hier ist jetzt eine Besserung zu verzeichnen.) Ein Anzug kostete früher 40 bis 60 Mark; dafür hat der Arbeiter 6 bis 8 Tage arbeiten müssen. Wenn ein Arbeiter sich heute einen Anzug anschaffen will, muß er einen ganzen Monat seiner Arbeitszeit opfern. Ähnlich verhält es sich mit allen übrigen, zum Leben notwendigen Artikeln.

So sieht heute der Existenzkampf der werktätigen Bevölkerung aus.

Kriegsvermißten-Nachforschung.

Das Zentralnachweisamt für Kriegsverluste und Kriegergräber, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48, teilt mit:

In letzter Zeit häufen sich die Nachrichten, daß heimgekehrte Kriegsgefangene wertvolles Material zur Nachforschung nach Vermißten, wie Erkennungsmarken, Soldbücher, Uhren, überhaupt staatliches und privates Eigentum, das bei Umbettungen von Toten in der Kampfzone gefunden wurde, behalten haben, um es den Angehörigen direkt zuzustellen. Hierdurch werden den amtlichen Stellen die unentbehrlichen Unterlagen für ihre Nachforschungsarbeiten entzogen. Da von seiten der durch Heimkehrer benachrichtigten Angehörigen nur in ganz geringen Fällen eine Meldung an das Zentralnachweisamt erfolgt, so werden von hier eingeleitete Nachforschungen oft nutzlos und zum Schaden anderer Familien Monate hindurch fortgesetzt. Es kommt hinzu, daß dieses den amtlichen Stellen entzogene Material oft wichtige Aufschlüsse über andere Vermißte geben kann, jetzt aber infolge der Zurückhaltung nicht ausgewertet werden kann.

Das Zentralnachweisamt für Kriegsverluste und Kriegergräber fordert deshalb alle Heimgekehrten, die noch im Besitze von Vermißtenmaterial sind, zur pflichtmäßigen Ablieferung dieser Fundstücke an diese Behörde, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48, auf.

Zugleich werden die Familien, die durch zurückgekehrte Kriegsgefangene über das Schicksal ihrer Angehörigen benachrichtigt worden sind, aufgerufen, dies unverzüglich dem Zentralnachweisamt zur Berichtigung der Vermißtenlisten und etwaiger Einstellung weiterer Nachforschungen anzugeben.

Mustergültige Siedlungsbauten in Naumburg.

Die Naumburger Siedlungsgesellschaft besteht zur Zeit aus 93 Siedlern. Es besteht die Absicht, 167 Häuser zu errichten für 169 Wohnungsbedürftige. Das sind aber nur ein knappes Drittel der hier Wohnungssuchenden. Bei Vergebung von Häusern und Wohnungen werden zuerst Kriegsbeschädigte berücksichtigt, sodann kinderreiche Familien usw. Ein gewählter Ausschuß entscheidet von Fall zu Fall darüber, wer an die Reihe kommt. Dem Siedler wird das Haus mit 25 000 Mk. angerechnet. Der Bau eines solchen Hauses kostet aber gegenwärtig 42 000 Mk. Das Fehlende schießt der Staat zu. Der Stadtbaurat leitet den Bau. Die Baulichkeiten selbst werden durch Naumburger Gewerkmeister ausgeführt. Die Siedlung liegt nahe der Stadt auf dem Spechsart. —Bisher sind 32 Häuser in Angriff genommen und nahezu fertiggestellt. Sie stehen in Form eines Rechtecks um einen großen freien Platz. Man könnte dies einen Siedlungshof oder eine Siedlungsgemeinde nennen. Vorn befindet sich das Eingangstor, rechts und links davon je ein kleines Haus, an den vorderen Ecken des Rechtecks je ein größeres Haus, die je zwei Familien Wohnung bieten werden und der vorderen Schmalseite ein Ansehen geben. Die Längsseiten werden gebildet von langgestreckten Bauten mit breiten freundlichen Fenstern und je drei Schornsteinen. — Es sind jedesmal 3 Häuser vereinigt. Die Eingänge befinden sich teils auf der Vorder- teils auf der Hinterseite. Im Erdgeschoß liegen die Wohnzimmer und Küchen, dahinter Waschhaus und Stallung, oben die Schlafzimmer. Ein breites Vierzigerhaus schließt die Hinterseite des Rechtecks. Jedes Haus hat Garten und Vorgarten. Die Vorgärten liegen immer rings um den freien Platz, der durch Baumreihen abgegrenzt wird. Zunächst wird noch ein Siedlungshof mit 32 Häusern geplant. Dann soll eine Reihe größerer Häuser entstehen, die sich vor diesen Ansiedlungen hinziehen und gleichsam einen Windschutz bilden sollen.

Arbeiterturnerfest in Zörbig.

Der hiesige Arbeiter-Männer-Turnverein „Frischauf" feierte sein diesjähriges Sommerfest unter reger Anteilnahme der arbeitenden Bevölkerung unserer Stadt und der Nachbarorte. Gitterlanden und Ehrenpforten schmückten die Straßen. Schon am Sonnabend abend wurde das Sportfest durch einen Zapfenstreich eingeleitet, der durch die zahlreiche Teilnahme der Jugend mit zahllosen bunten Papierlaternen ein anmutiges Bild bot. Ein Kommers im Schloßgarten folgte. Am Sonntag nach dem Wecken begann der Empfang der Vereine. Gegen 10 Uhr folgten dann die Wettkämpfe (volkstümliches Turnen) mit Fünf- und Dreikampf, denen eine Kampfrichterpflichtung vorausgegangen war. Die Hauptereignisse des Nachmittags waren der große Umzug aller Teilnehmer durch die Stadt, Schüler- und Schülerinnenreigen und Schauturnen. — Ein stattlicher Zug war es durchs Städtchen, wie er sich hier selten zusammenfindet, und ein farbenfrohes Bild: die Mädchen und Frauen in strahlendem Weiß und frischem Blumenschmuck, auch die Männer hell und leicht gekleidet und die vielen reich geschmückten Vereinsfahnen. Möge solch harmloser Frohsinn öfter unsere ernste Zeit ein wenig erhellen! Bitter not ist es! Wenn es bei uns in bewußter Unterscheidung heißt: Frisch, Frei, Stark, Treu, so mögen wir uns auch darin von der alldeutschen Turnerschaft angenehm unterscheiden, daß wir uns vor der Verquickung von Sport und Politik hüten. Denn auch das heißt den politischen Kampf unsachlich führen, wenn man ihn in Gebiete hineinträgt, wo er nicht hingehört. Auf dem friedlichen Gebiete des Sports wollen wir uns mit unseren Brüdern von links gern zusammenfinden. Im politischen Kampf werden wir auf der Plan sein, wenn es gilt, unberechtigte Angriffe abzuwehren.

Zu den Aufführungen des Arbeiter-Männer-Turnvereins „Frischauf" sei folgendes bemerkt. Der Krieg hat gerade in der Arbeiterturnbewegung unsere besten Kräfte in der Feindeserde gelassen. Um so erfreulicher waren die gestern hier gezeigten Leistungen. Ueberall, am Reck, Barren, Bock und Pferd sah man kräftige Gestalten, die ihr Können dem schaulustigen Publikum vorführten. Jeder gab sein Bestes, dem andern nachzueifern und nachzukommen. Während des Umzuges fand auf dem Marktplatz ein Kinderreigen statt. Stille Freude und Anerkennung leuchtete auf den Gesichtern der Zuschauer, wie diese Proletarierjugend ihre vorzüglichen Leistungen dem Publikum vorführten. Gen. Dinge konnte das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, die proletarische Jugendbewegung wieder in die Höhe gebracht zu haben. Viel Anklang fand ein Damenreigen im Schloßgarten. Reicher Beifall lohnte auch diese vorzügliche Leistung. Unerwähnt darf auch nicht bleiben die feurige Ansprache, die ein Vorstandsmitglied aus dem Zentralvorstand des Arbeiterturnerbundes hielt. In kurzen frähtigen Worten wies er auf die Bedeutung des Tages hin. Immer vorwärts, den Körper gestählt, die Muskel gespannt, denn gerade die Proletarier sind auf ihre eigenen Kräfte angewiesen, in allen Stürmen des Lebens siegreich trotzen zu können. — Noch lange blieben die Teilnehmer in froher Stimmung bei Musik und Tanz beisammen. Mögen solche Feste dazu beitragen, die Arbeiterbewegung vorwärts zu treiben zum Wohle des gesamten schaffenden Volkes.

Bockwitz. Sonnabend, den 17. Juli, abends 8 Uhr bei Waldau Generalversammlung des Parteivereins. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend erwünscht. Der Vorstand.

Merseburg. Unverantwortliche Obstverteurung. Wie sich auch die Kleinpächter das Obst verteuern, geht die Hartobstverpachtung der Gemeinde Keuschberg. Bei der jetzigen baumweise erfolgten Verpachtung nur an Einwohner wurden zusammen 3436,50 Mk. gegenüber 1300 Mk. im Vorjahre erzielt. Die städtischen Hartobstanlagen erbrachten ebenfalls mit 16 420 Mk. eine gegen früher bedeutend höhere Summe. — der 105fache Pachtpreis wurde bei der Hartobstverpachtung der Koppelstraße Kleinkorbetha—Schlachtewitz mit 7750 Mk. gegen 50 Mk. im Vorjahre.

Weißenfels. Ferienwanderungen für Kinder. Jeden Tag von 2—7 Uhr nachmittags von jeder Schule aus Spielnachmittage in dieser Woche: Mittwoch und Freitag. Die erste Wanderung war ein fröhlicher und schöner Anfang. Fast 800 Kinder sind unter ungefähr 20 Führern gewandert. Aber die Wandergruppen sind noch immer zu groß. Darum: Führer heraus! Es gilt Kinderherzen fröhlich und Kinderwangen rot zu machen. Wo bleiben die Führer der Weißenfelser Wanderjugend? Auch Eltern und die Elternbeiräte der Schulen, bitten uns, wenn sie größere Gruppen von Kindern zu beschäftigen wissen als Führer recht angenehm. Je kleiner die Gruppen, desto fröhlicher das Wandern, desto eher kommt jedes Kind auf seine Rechnung.

Papitz-Schkeuditz Mitgliederversammlung. Vorigen Sonnabend fand in unserem Vereinslokal „Landhaus Papitz" unsere fällige Monatsversammlung statt. Als Referent war Genosse Bauer-Merseburg erschienen, welcher auf die Ursachen des Ausgangs der Wahlen zum ersten Reichstag näher einging und seine Ausführungen dann auf die künftige Organisation unserer Partei ausdehnte, dem sich praktische Winke insbesondere für die Kleinarbeit der Agitation anschlossen. Der treffliche Vortrag des Genossen Bauer wurde allseitig mit Beifall aufgenommen. Genosse Oelsner-Schkeuditz ergänzte denselben in einem ausführlichen Diskussionswort, welches ebenfalls Beifall und Zustimmung der Versammlung fand. Genosse Wagner erstattete hierauf kurzen Bericht über die Unterbezirkskonferenz vom 27. Juni und die dort gefaßten Beschlüsse bekannt. Es wurde beschlossen, die Wahl der Delegierten zum Parteitag in der nächsten Mitgliederversammlung, welche am 14. August stattfindet, vorzunehmen. Es wird von sämtlichen Mitgliedern erwartet, daß sie ihr Wahlrecht ausüben und in der nächsten Monatsversammlung vollzählig erscheinen.

Roßlau. Aus der Bewegung. Hier fand am Freitag eine vom Zörbiger Ortsverein der S. P. D. einberufene Versammlung statt, in welcher Gen. Schröter-Zörbig über „Das Erfurter Programm und die Reichsverfassung" referierte. Die versammelten Anhänger und Freunde unserer Partei folgten den Darlegungen mit gespannter Aufmerksamkeit. Nach dem einstündigen Vortrage ergriff noch der Vorsitzende des Zörbiger Ortsvereins Gen. Kronbügel das Wort zu einer kurzen Ansprache, worin er die Notwendigkeit einer regeren Werbetätigkeit besonders in den zusammenhängenden Ortschaften Löberitz, Größ und Rodigau zum Ausdruck brachte. Der junge Ortsverein in Zörbig, der selbst erfreulichem Aufblühen begriffen ist, habe erst nach der Reichstagswahl diese drei Ortschaften zur Bearbeitung mit zugewiesen, und halten und werde jederzeit bestrebt sein, die Löberitzer Genossen eifrig mit Rat und Tat bei ihrer Werbearbeit zu unterstützen und auch auf Wunsch zu diesem Zwecke öfter solche Versammlungen wie die heutige hier abhalten. Der greifbare Erfolg des Abends war ein kleiner Stamm neuer Genossen hier am Orte, deren rüstiger Tätigkeit hoffentlich recht bald die Gründung eines eigenen Ortsvereins innerhalb des Distrikts Zörbig gelingen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200714-12/fragment/page=0006